

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnemern 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Es geht vorwärts.

Das „Unter das Volk gehen“ war bekanntlich ein Programmpunkt der russischen revolutionären Bewegung in ihren Kinderjahren. Die Opposition gegen den Zarismus, zuerst nur vertreten durch die Gebildeten, wollte für ihre Ziele die breiten Massen gewinnen. Offiziere, Studenten und Studentinnen verließen die Kreise, in denen sie bisher gelebt und gewirkt, zogen die Blouse des Fabrikarbeiters über den Kittel des Bauern an, mischten sich unter die Dorfbevölkerung und machten Propaganda für die Umgestaltung der Dinge.

Auch in England wird es Mode, daß die studierende Jugend „unter das Volk geht“. Nicht um sozialistische Kämpfe zu treiben, sondern um den Arbeitern die Bourgeoischmachthafter zu machen. Die Bewegung in den englischen Universitätskreisen datirt seit 1883, als der „bittere Kampfe“ der Ausgestoßenen von London“, die ergreifende Schilderung des weltstädtischen Glends, von Londoner Stadtmissionären veröffentlicht worden war. „Zum ersten Male“ schreibt es jetzt, „schreibt ein deutscher Fachmann, „daß die Universitätskreise davon ergriffen wurden. Es gab lebhafteste Debatten in Oxford und Cambridge; man sprach von der Verantwortlichkeit für die mühebeladenen Millionen von Mitmenschen, durch deren Arbeit das Universitätsleben erst möglich gemacht würde.“

Die „Loyaben-Halle“ wurde im östlichen Theile von London, in Whitechapel, wo die schlechtestbezahlten Schichten des Londoner Proletariats hausen, als „ein Mittelpunkt für sozialpolitische Bestrebungen“ gegründet. In diesem Institut leben jahraus jahrein eine Anzahl junger Männer, die nach Beendigung ihrer Universitätszeit in der Hauptstadt ihre Studien fortsetzen oder sonstige Interessen verfolgen. Es ist dafür gesorgt, daß sie auf dem theuren Wasser Londons recht billig leben können, sie zahlen an Miete 80, für Essen und Bedienung 100 M. monatlich. Sie leben frei von den Banden der späteren Lebensjahre, inmitten der arbeitenden Bevölkerung, um jene Klust von unglücklichen und Bekümmerten auszufüllen und ein Stück ihres Lebens den unteren Klassen zu widmen. . . . Wege und mehr wird Loyaben-Hall ein Mittelpunkt für sozialpolitische Bestrebungen, zum Gedankenaustausch, zur Belehrung, zur freundschaftlichen oder geselligen Bildung. . . . Die Mitglieder haben eingegriffen in die lokale Selbstverwaltung und jeder Art öffentlichen Wirkens, zu welcher die mannigfaltigen Bedürfnisse eines armen, volkreichen und vernachlässigten Stadttheils Anlaß geben können. Die öffentlichen Räume von Loyaben-Hall sind der Kampfplatz für alle Ansichten und der gesellige Vereinigungspunkt für alle Klassen geworden. Viele Tausende haben in diesen Räumen während der wenigen Jahre ihres Bestehens Hilfe und Stärkung gefunden. Bibliothek, Leserräume, technischer Unterricht, Musiknormen, Einwirkung auf die Elementarschullehrer des Stadttheils,

namentlich aber der Geist des Zusammenhangs zwischen den höheren und niederen Schichten, der in dieser Sphäre walte, den jeder Theilnehmer, jeder Besucher von dort mitnimmt, — das sind die Leistungen von Loyaben-Hall.“

Mit solchen Mitteln wird die Misere der Millionenstadt auch nicht um ein Weniges verringert. Im besten Falle bleiben derartige Beglückungsversuche mit schönen Reden, Kantaten, Fugen und Händeschütteln harmlose Experimente. Die Londoner Arbeiter sind zu fortgeschritten, um auf diese „Harmonia“-Melodien zu hören. Unseren Lesern brauchen wir die Nichtigkeit solcher Abenteuer à la Schulze-Delitzsch nicht erst zu beweisen.

Aber wenn der deutsche Kritiker, nach welchem wir die Thaten und Zwecke der Loyaben-Hall-Männer kurz gekennzeichnet haben, das Unternehmen sympathisch begrüßt, so fügt er auch eine Mittheilung hinzu, welche uns zeigt, daß dasselbe fehlgelungen ist.

Fehlgeschlagen im Sinne der Gründer! In Boston besteht eine Gesellschaft christlicher Sozialisten (Society of Christian Socialists), deren Führer hauptsächlich Geistliche sind. Dieser amerikanische Verein giebt eine Zeitschrift heraus, in welcher vor einiger Zeit ein Artikel erschienen ist, betitelt: „Der Misserfolg von Loyaben-Hall“. In diesem sehr interessanten Dokument heißt es:

„Nicht auf diese Art kann die soziale Frage gelöst werden; die Herren von Loyaben-Hall, mit ihrer Universitätsbildung, ihren Gemäldesammlungen u. s. w. lassen sich inmitten der Armuth nieder, um von den Armen besehen zu werden, damit diese kennen lernen, ein wie schönes Ding die Bildung sei. Aber das hilft nichts. Wenn sie den Arbeitern ihre schönen Sachen und ihre guten Braten obendrein geben wollten, so würden sie dadurch vielleicht etwas leisten; wir haben noch nicht gehört, daß sie das thun. Indessen einen guten Erfolg hat das Unternehmen gehabt. Die gebildeten Herren sehen, wie schlecht es den arbeitenden Klassen im Ostende (dem Proletarierviertel) geht, sie fangen an, weniger von den schönen Gemälden und mehr von Karl Marx zu reden; sie werden Sozialisten, sie finden, daß die Probleme von Ost-London dadurch gelöst werden müssen, daß man zuvörderst West-London (das Bourgeoisviertel) umgestaltet, daß nur dann Brot und Butter und Fleisch und Bildung für Ost-London übrig bleibt, wenn dem Zustande ein Ende gemacht wird, vermöge dessen aller Reichthum von London in die Taschen der Grundherren und der Monopolisten fließt. Die Herren gingen nach Ost-London, um die Armen etwas zu lehren; die Armen haben statt dessen die Herren etwas gelehrt. In diesem Sinne hat Loyaben-Hall einen großen Erfolg gehabt; möchten doch alle Studirten dorthin kommen; es würden dann mehr Sozialisten unter den Studirten sein.“

mit, dessen Gesicht sich sorgenvoll verfinsterte; dann, während er seinen kalten Kaffee schlürfte, versuchte er von etwas Anderem zu reden. Die Oregoiros jedoch kamen wieder auf den Streit zurück, erstaunt, daß es kein Gesetz gebe, welches den Arbeitern verbiete, ihre Arbeit zu verlassen. Paul tröstete Cäcilien mit der Versicherung, daß man Gendarmen erwarte; Frau Hennebeau aber rief dem Diener zu: „Dippolyt, bevor wir in den Salon gehen, öffnen Sie dort alle Fenster!“

Drittes Kapitel.

Vierzehn Tage waren verfloßen, und am Montag der dritten Woche erwiesen die der Direktion geschickten Kontrollbogen eine neue Verminderung der Zahl der eingefahrenen Bergleute. Herr Hennebeau hatte darauf gerechnet, daß der Streit seinem Ende nahe sei; aber die Hartnäckigkeit der Regie brachte die Arbeiter zur Verzweiflung. Jetzt waren es nicht nur der Voreuz, Crevecoeur, Mirou und Magdalen, die feierten, auch in der Victoire und in Feutry-Cantel arbeiteten kaum der vierte Theil der Kohlenmänner und selbst Saint-Thomas war von dem täglich an Ausdehnung gewinnenden Streit angesteht.

Ueber dem Borchhofe des Voreuz lag ein todenähnliches Schweigen. Drei oder vier vergessene Karren hingen in dem grauen Dezemberhimmel hoch oben auf der schmalen Verbindungsbrücke. Unten, zwischen den mageren Stützen der Gerüste, schmolz der Kohlenvorrath zusammen und die schwarze nackte Erde kam zum Vorschein, während das zerschnittene Grubenholz im Regen faulte. Beim Landungsplatze am Kanal lag ein halb geladenes Kohlenschiff wie eingeschlagen in dem trüben Wasser, und auf der Kohlenlöschhalde, aus welcher der Schwefelrauch trotz des Regens qualmte, stand ein ausgepannter Wagen, dessen Deichsel in die Luft starrte. Die Gebäude lagen in tiefster Ruhe: der Sortirschuppen mit seinen geschlossenen Jalousien; das Schachtthaus, in dem

ebenfalls stehen diese englischen Studenten hoch über den Kartellknaben deutscher Hochschulen, die, wie der Direktor im Reichsamt des Innern, Herr Bosse, wie der bekannte Nationalökonom Professor Schmoller in Berlin es offen zugestanden haben, in sozialpolitischer Unwissenheit, in Schmiegsamkeit nach oben und „Schneidigkeit“ nach unten unübertrefflich sind. Felden im Wirtschaftshaus, Meister auf der Mensur und — der Rest ist Schweigen.

Der Triumphzug aber, welchen die gewaltige Lehre von Karl Marx durch die Kulturwelt macht, steht auch vor Loyaben-Hall nicht still.

Vor Loyaben-Hall nicht und nicht vor der deutschen Reaktion. Durch die Presse geht die Nachricht, daß der erste Band des „Kapital“ demnächst in vierter Auflage erscheinen wird. Ein geradezu unerhörter Erfolg für dies Werk, wie für die Sozialdemokratie! Der erst todtschwiegene und ausgeräuberte, dann beschämteste und vernichtete Karl Marx hat ein Denkmal sich errichtet, dauernder als Erz. . . .

Im Uebrigen enthebt uns die bündige Darlegung der kleinen Revolution in Loyaben-Hall, wie sie die amerikanische Zeitschrift liefert, einer eingehenderen Erörterung. Wenn aber unser Gewährsmann die Bostoner Kritiker des Jynismus beschuldigt und annimmt, daß die Sozialdemokratie für dieselben nur ein „mitleidiges Lächeln“ haben werde, so mag er versichert sein, daß die Arbeiterpartei ihr mitleidiges Lächeln für solche Gelegenheiten aufspart, wo geistig und sittlich impotente Streber in Interesse der Herrschenden die Volkswirtschaft auf den Schinderbahnen bringen.

Wenn er ausruft: „Es ist etwas Neues, daß eine derartige Kritik im Geiste des Christenthums sein“, so mögen die Theologen sich ihre Köpfe darüber zerbrechen, ob die christliche Religion eine derartige Beurtheilung und Beurtheilung zuläßt oder nicht.

Politische Uebersicht.

Der großartige Erfolg der französischen Weltausstellung wird auch in Deutschland, wo die hartnäckigsten Versuche gemacht wurden, ihn zu leugnen oder zu ignoriren, jetzt wohl fast ausnahmslos anerkannt.

Bemerkenswerth ist das Urtheil, welches Professor Dr. Steche vom Dresdener Polytechnikum, vor Kurzem in einem öffentlichen Vortrage zu Dresden über die nun beendigte Weltausstellung fällt. Wie wir der fortschrittlichen „Dresdener Zeitung“ entnehmen, hat Professor Steche (Dresdener Kunstgenossenschaft) vor einem äußerst zahlreichen und gewählten Zuhörerkreise seine Begeisterung über die Erfolge der Pariser Weltausstellung und seiner Hochachtung vor der französischen Arbeit einen beredten Ausdruck verliehen und mit dem Wunsche geschlossen, daß es uns vergönnt sein möge, mit diesem

kein Karren mehr auf die Fliesen rollte; das ausgeföhnte Dampfesselhaus und der riesengroße Schornstein — viel zu kolossal für den dünnen Rauchstreif, der daraus emporwirbelte. Man heizte die Fördermaschine nur des Morgens; die Stallknechte fuhren ein, um die Pferde zu füttern und die Aufseher, welche die Erdabbrückelungen überwachten, denn die Wege verschütten, wenn nicht unaufhörlich ausgebessert wird. Von neun Uhr an wurde der Dienst mittelst der Leitern besorgt; dann schien in den wie in ein schwarzes Staubtuch gehüllten Gebäuden Alles zu verschlummern, nur das Dampfrohr der Hubpumpe athmete müde, das einzig Lebende in der Grube, welche die Grundwasser zerstören würden, wenn auch die Pumpe feierte.

Das Dorf schien ausgestorben. Der Präfelt von Lille war gekommen, Gendarmen hatten das Land durchstreift; aber der Ruhe der streitenden Bergleute gegenüber blieb Präfelt und Gendarmen nichts übrig, als wieder nach Hause zu gehen. Niemand war das Dorf des Voreuz mit so gutem Beispiele allen anderen vorangegangen. Die Männer, um zu vermeiden, in die Schänken zu gehen, schliefen den ganzen Tag; die Frauen schwachten weniger beim Kaffee, und zankten sich nicht; selbst die Kinder schienen die Situation zu verstehen, liefen barsfuß herum, um keinen Lärm zu machen, und prügelten sich geräuschlos, ohne zu schreien. Alle folgten der von Mund zu Mund gehenden Parole: sich nichts zu Schulden kommen zu lassen.

Im Hause Maheu's gab's ein fortwährendes Kommen und gehen. Stephan hatte als Sekretär der Hilfsklasse die dreitausend Franks unter die bedürftigsten Familien vertheilt, und dann waren ein paar Hundert Franks angekommen, welche durch Sammlungen aufgetrieben worden. Aber heute waren alle Hilfsmittel erschöpft; es gab kein Geld mehr, und der Hunger fing an, sein drohendes Gesicht zu zeigen. Maigrat, der zuerst einen vierzehntägigen Kredit versprochen,

Feuilleton.

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Eine ernste Lektion das! Und Ihr seid es, welcher den Vertheidigern der schlechten Verzimmern das Wort fahrt? . . . Nun Ihr werdet überlegen und werdet begreifen, daß ein Streit ein Unglück für Alle wäre; in weniger als einer Woche geht Ihr Hungers zu Grunde; was wollt Ihr dann thun? . . . Also denkt nach: Ich hoffe, spätestens Montag lehrt Ihr wieder zur Arbeit zurück.“

Alle, sich wie eine Herde hintereinander hinausdrängend, verließen das Zimmer, ohne auf diese Forderung ihrer Unterwerfung zu antworten. Der Direktor mußte noch einmal das Resultat ihrer Unterhaltung resumiren: Die Kompagnie auf der einen Seite proponirt ihren neuen Tarif; die Arbeiter ihrerseits verlangen eine Erhöhung von fünf Centimes. Im Vorhinein, um sie nicht in mäßige Hoffnungen zu wiegen, glaube er ihnen sagen zu müssen, diese Forderung werde sicher von der Regie zurückgewiesen werden.

„Ueberlegt, bevor Ihr Thorheiten begeht!“ wiederholte er noch einmal, durch ihr Schweigen beunruhigt. Im Treppenhause verbeugte sich Pierron sehr tief, während Lenoque trotzig seine Mütze aufsetzte. Maheu suchte noch eine letzte Antwort, aber Stephan winkte ihm. Alle entsetzten sich stumm unter diesem drohenden Schweigen, und die Thür fiel lärmend hinter ihnen ins Schloß.

Als Herr Hennebeau in den Speisesaal zurückkehrte, fand er seine Gäste unbeweglich auf ihren Plätzen sitzen. In zwei Worten theilte er den Inhalt der Unterredung Herrn Deneulin

hochbegabten Volke in Frieden zu leben. Er hob insbesondere hervor, daß zum ersten Male bei den Bauwerken die Eisenkonstruktion mit dem Mauerwerk in so künstlerischer Weise in Verbindung gebracht sei, daß sie dasselbe beherrsche. Die Plastik zeige in den neueren Werken einen charakteristischen Lebensausdruck und behandle mit Vorliebe das Leben des ärmeren Volkes. In der Gewerbeindustrie, namentlich in der Gobelinskunst, sei besonders in der Farbigkeit der Farben ein wesentlicher Fortschritt zu bemerken. Man könne den Geist der künstlerisch wie technisch vorzüglichen französischen Arbeit ausdrücken in den Worten: „Alles in Ordnung, alles gefehrig, alles ruhig. Einsicht und Energie haben aus jedem Theile der Anlagen gesprochen.“

Die „Dresdener Zeitung“ bemerkt hierzu: „Was hier von einem Fachmann über die gewerblich-technische und künstlerische Seite der Pariser Ausstellung gesagt ist, muß auch von dem volkswirtschaftlichen und sozialen Theile bezeugt werden. Die Hauptgruppe für soziale Oekonomie zeigte die größte Reichhaltigkeit von Veranstaltungen und Schriften. Die verschiedenen Abtheilungen für Arbeitsvergütung, Gewinnbetheiligung der Arbeiter, für die gewerblichen Syndikate, für das Verleihungswesen, für die gegenseitigen Hilfsvereine, für das Sparwesen und Versicherungswesen, für Kooperativ-, Konsum- und Kredit-Gesellschaften, für Arbeiterwohnungen, Arbeitergeselligkeit, für soziale Hygiene und Wohlfahrtsanstalten überhaupt haben ein ganz unschätzbare Material zu Tage gefördert, welches für die Wissenschaft und Praxis erhalten bleiben und mithin auch späteren Geschlechtern noch nützliche Dienste leisten wird. Es möge erwähnt werden, daß in der Sektion für Kreditassoziationen die deutschen Vorkursvereine nach dem System von Schulze-Delitzsch den ersten großen Preis und ihr Genossenschaftsanwalt Dr. Schenk die goldene Medaille als Mitarbeiter erhalten hat. Außer ihm haben auch noch andere deutsche Schriftsteller und Künstler die goldene Medaille erhalten. Dies beweist, daß die Männer, welche an der Spitze der französischen Weltausstellung standen, auch der deutschen Arbeit, soweit sie sich an dem internationalen Wettkampfe betheiligte, gern Anerkennung gezollt haben und nicht von Rachegeboten, sondern von friedlichen Gefühlen erfüllt waren. Die eben geflossene Weltausstellung hat auch auf die deutschen Besucher großen Eindruck gemacht und so zur Versöhnung beider Völker wesentlich beigetragen. Mögen auch ihre Nachwirkungen nur friedlicher Art sein! Das deutsche Volk sehnt sich in seiner großen Mehrzahl nur nach friedlichen Wettkämpfen für Wohlfahrt und geistige und sittliche Güter und wünscht dem französischen Volke zum Gelingen seines Ausstellungswerkes aufrichtig Glück.“

Ohne die Bewunderung des Dresdener Blattes für Herrn Schulze-Delitzsch zu theilen, halten wir das Urtheil im Allgemeinen für richtig. Und auch die sonderbare Berechnung, welche dem Vertreter einer längst überwundenen sozialpolitischen Richtung in Paris zu Theil geworden ist, hat insofern etwas Erfreuliches für uns, als sie die Abwesenheit des Chauvinismus in den leitenden französischen Kreisen beweist.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat folgenden Erlass an die Regierungen gerichtet:

„Durch die Verfügung vom 7. Oktober 1873 (Ib. 15 295.) sind die königlichen Regierungen ermächtigt worden, an Waldarbeiter forstwirtschaftliche Acker- und Wiesenlandereien zu mäßigen Preisen bezw. zum Grundsteuer-Reinertrage zu verpachten. Inzwischen ist in vielen Bezirken das Bedürfnis der Forstverwaltung, sich einen tüchtigen Stamm von Waldarbeitern, namentlich auch der jüngeren Altersklassen zu sichern, noch dringender hervorgetreten, als früher. Dazu kommt, daß es auch in sozialpolitischer Beziehung als erwünscht bezeichnet werden muß, eine Zahl von zuverlässigen Waldarbeitern durch Gewährung dauernder Pachtungen an ihren Wohnsitz zu fesseln und ihnen das Verbleiben daselbst vortheilhaft und zuzugend erscheinen zu lassen. Es empfiehlt sich deshalb, mit der Verpachtung forstwirtschaftlicher Grundstücke an Waldarbeiter unter möglichst günstigen Bedingungen in erweitertem Umfange vorzugehen, die Pachtdauer zu verlängern und erforderlichen Falls das Pachtgeld selbst unter dem Grundsteuer-Reinertrag herabzusetzen. Es ist zwar bisher schon Regel gewesen, das Pachtverhältnis, wenn nicht zwingende Gründe entgegenstehen, bei seinem Ablaufe zu verlängern. Die königliche Regierung wolle jedoch erwägen, ob es sich nicht empfiehlt, die desfallsige Absicht der Forstverwaltung in den Pachtverträgen, jedoch ohne Uebnahme einer bindenden Verpflichtung, zum Ausdruck zu bringen. Aus dem Umstande, daß es bisher möglich gewesen ist, die betreffenden Grundstücke zu höheren Preisen zu verpachten, würde ein Hinderniß der Herabsetzung des Pachtgeldes nicht ohne Weiteres zu entnehmen sein. Ebenso wenig erachte ich den Einwand als durchschlagend, daß die Arbeiter durch derartige Pachtflächen veranlaßt werden könnten, ihre Arbeitskraft mehr diesen, als der forstwirtschaftlichen Waldarbeit zuzuwenden, und bin vielmehr der Meinung, daß die beiderseitigen Interessen sich unter angemessenen Gegenkommunen sehr wohl vereinigen lassen. Sollten die zur Verpachtung verfügbaren Grundstücke nicht ausreichen, um gleichzeitig dem Bedürfnisse der Waldarbeiter und der anderweitigen Pächter zu genügen, so

ist zu erwägen, ob nicht durch Melioration von Bruchflächen oder in sonstiger Weise die erforderlichen Pachtflächen gewonnen werden können. Die königliche Regierung wolle binnen vier Monaten in Form von Nachweisungen für jede Oberförsterei unter Angabe der wesentlichen Pachtbedingungen ersichtlich machen, in welchem Umfange Flächen an Waldarbeiter, deren Zahl anzugeben ist, verpachtet worden sind, und wegen der weiteren Ausdehnung dieser Maßregel Vorschläge machen.“

Natürlich ist das nur ein Mittel, um die Landesproletarier zu Gunsten des größten Forstbesizers — des Staates — an die Scholle zu fesseln.

Die Entschädigung für unschuldig erlittene Haft ist ebenso wie der kräftigere Arbeiterschutz nachgerade zu einer Forderung geworden, deren Ablehnung seitens der Reichsregierung auch die freikonservative Presse nicht mehr begreift. Die jüngste Rede des Herrn von Boetticher über die Kinderarbeit ist nirgends vertheidigt worden, und nun schreibt die „Post“ sogar über die Haftpflicht des Staates für die Irthümer in der Rechtsprechung:

Der Bundesrath hat neulich dem vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf, betr. die Entschädigung unschuldig Befragter, seine Zustimmung verweigert. Wir erkennen keineswegs die Schwierigkeiten einer gehörigen Formulierung des Gesetzes, doch dürfte es nunmehr Sache der Regierungen sein, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten zu lassen und dem Reichstage vorzulegen, nachdem die Pflicht der Gesellschaft, unschuldig Befragte zu entschädigen, allerseits anerkannt ist. Kürzlich hat übrigens auch Dänemark unter dem 5. April 1888 ein Gesetz, betreffend Entschädigung für unverschuldete Untersuchungshaft und zufolge Urtheils verhängte Strafe, erlassen. Das Gesetz erkennt die Entschädigungspflicht des Staates im weitesten Maße an, indem es bestimmt: Wer Untersuchungshaft erlitten hat und dann freigesprochen oder freigelassen wird, ohne daß die Sache bis zur Urtheilsfälligkeit verfolgt wird, hat Anspruch auf eine vom Gericht festzusetzende Entschädigung für das Leiden, das Unrecht und den Vermögensnachtheil, die ihm durch Freiheitsberaubung zugefügt sind, falls nach den zu Tage getretenen Aufklärungen anzunehmen ist, daß er des Verbrechen, wegen dessen er in Haft genommen war, nicht schuldig ist. Hat jemand zufolge Urtheils eine Strafe oder einen Theil derselben verbüßt und wird in gehöriger Form entschieden, daß die Befragung seinerseits nicht verschuldet war, so hat derselbe Anspruch auf Entschädigung für erlittenes Leiden, Unrecht und Vermögensnachtheil. Der Entschädigungsanspruch ist im Zivilprozeß vor dem Untergerichte geltend zu machen.

Was in Dänemark und in manchen anderen Staaten Gesetz ist, kann in Deutschland die Zustimmung des Bundesrathes nicht erlangen, obwohl die Fürsorge für die Bedrängten nicht oft genug im Munde geführt werden kann. Der Herr Reichskanzler hat behauptet, er habe in der Kolonialpolitik nur vor dem Reichstage kapitulirt. Ob er sich nicht größeren Dank erwerben würde, wenn er vor dem Reichstage in der Frage des Arbeiterschutzes und der Entschädigung für unschuldig erlittene Haft kapitulirte?

Eine antisemitische Schreie hat Herr Liebermann von Sonnenberg am Sonnabend in Altona gehalten, nachdem ihm in Hamburg die Erlaubniß dazu verweigert worden war. Der Vortrag wurde fortwährend von ironischen Zwischenrufen unterbrochen. Die Antisemiten stellen für die Reichstagswahl den Buchhändler Hübenner als Kandidaten auf. In der Versammlung wurde konstatiert, daß die Antisemiten Wormann ihre Unterstützung angeboten, dieser sie aber zurückgewiesen hätte. — Herr Wormann wird zu diesem mannhafte Vorgehen wahrscheinlich seine schwerwiegenden Gründe haben. In Hamburg hätte er wahrscheinlich eine bedeutende Anzahl von Stimmen eingeholt, wenn er es gewagt hätte, sich öffentlich mit Herrn von Liebermann zu verbinden. Das freie Bekenntniß zum Antisemitismus ist übrigens wohl noch das einzige äußerliche Zeichen, durch welches sich die Rationalisten von den Stockkonservativen unterscheiden.

Die Zunahme des Pferdefleischkonsums ist überall in Deutschland, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ auf Grund eingezogener amtlicher Informationen mittheilen kann, eine ungemein bedeutende. Im Oktober dieses Jahres sind in Berlin eilfhundertundsechzig Pferde geschlachtet worden, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 25 pCt. bedeutet. Und bei alledem liegen in Berlin die Verhältnisse Dank der bequemeren und billigeren Fleischzufuhr und der Billigkeit des Rindfleischs „vierter Qualität“ noch viel günstiger als in anderen Städten. In Königsberg in Pr., das etwa nur ein Zehntel der Einwohnerzahl Berlins besitzt, sind im Oktober dreihundertdreißig Pferde geschlachtet worden. In Karlsruhe ist gegen den Oktober des Vorjahres eine Zunahme um hundert Prozent eingetreten, ebenso in Dortmund; neunzig Prozent betrug die Zunahme in Kassel, sechzig Prozent in Bochum und Stuttgart, etwas über sechzig Prozent in Leipzig, über dreißig Prozent in Lübeck und Braunschweig. Weniger große, aber immerhin noch wesentliche Zunahmen zeigen Bremen und Hamburg. Die Preise für Pferdefleisch sind überall gestiegen, am meisten in Hamburg, wo das Pfund bis zu

besseres Leben, der einst die Märtyrer in die Rachen der wilden Thiere geworfen.

Stephan war der unangesehene Chef und ihr Drakel in den Abendunterhaltungen. Er las unausgesetzt, unterhielt eine umfangreiche Korrespondenz und war selbst Abonnent des „Vengeur“ geworden, eines sozialistischen belgischen Blattes, und diese Zeitung, die erste, die ins Arbeiterdorf gedrungen, erhöhte noch mehr sein Ansehen. Seine stets zunehmende Popularität berauschte ihn; daß er das Schicksal aller Arbeiter der Provinz beriebt, den ältesten Männern des Voreuz ihr Verhalten vorschrieb, der intellektuelle Mittelpunkt wurde, um den sich Alles drehte, schwellte dem einflüchtigen Maschinenisten, dem Häuer mit den fettschwarzen Händen, die Brust voll Selbstbewußtsein und Stolz, und hob ihn eine Stufe höher in den verhassten Bürgerstand. Nur eines bedrückte ihn: das Bewußtsein seiner mangelhaften Bildung, welches ihn verlegen und furchtsam machte, sobald er sich einem Manne in gutem Rode gegenüber befand. Zwar fuhr er fort, zu lernen, indem er alle Bücher und Schriften, die in seinen Bereich kamen, verschlang; aber der Mangel jeder Methode ließ eine Verwirrung in seinen Begriffen entstehen, und er wußte Vieles, das er nicht verstand.

Auch gab es gewisse Augenblicke der Enttäuschung, in denen ihn eine beklemmende Furcht packte und der beängstigende Zweifel, ob er denn auch wirklich der Mann sei, der den Kameraden helfen könne, ob nicht vielleicht ein Advokat oder Gelehrter erforderlich wäre, der es vermocht hätte, zu sprechen und zu handeln, ohne die Arbeiter zu kompromittiren? Aber bald warf er diese Skrupel wieder über den Haufen: Nein, nein, kein Advokat, das sind alles schlechte Kerle, die ihr Wissen ausbeuten, um sich auf Kosten des Volkes zu bereichern! Es mag kommen, wie es wolle; der Arbeiter muß sich selbst helfen! Und von Neuem wiegte ihn der schöne Traum, der populäre Chef des ganzen Arbeitervolkes zu sein: Montsou zu seinen Füßen und Paris in der Ferne. Vielleicht kann er eines Tages Abgeordneter werden und kann dort in einem prächtigen Saale die Bürger mit der ersten Rede niederschmettern, die ein Arbeiter in einem Parlamente gesprochen!

Seit einigen Tagen schrieb Pluchart einen Brief um den

60 Pf. bezahlt wird. — Demgegenüber ist es nicht bei waderen Staatsbürgern, überall, wo sich nur Gelegenheiten bieten, der Sozialreform ein Quattr zu bringen. Es liegt nicht in unserer Absicht, irgend Jemand das Pferdefleisch vorzuziehen zu wollen, so lange dasselbe oder als ein Nahrungsmittel „zweiter Klasse“, zu dessen Verfertigung ein besonderer Ragen gehört, betrachtet wird, gehört der erhöhte Konsum des Pferdefleischs entschieden zu den bedeutungsvollsten Zeichen der Zeit.

Die sächsischen Behörden scheinen ihre Scheu vor dem höchsten instanzlichen Gerichts-Erkenntniß zu Gunsten des Boykotts überwunden zu haben, und fangen nun an, gegen den Boykott der Arbeiter, der ja nur ein Boykott gegen die Boykott ist, vorzugehen. In Chemnitz wurde der Anfang gemacht; und jetzt ist auch die Dresdener Polizei nachgezogen. Die Amtsblätter Dresdens enthalten nachstehende Bekanntmachung:

„Es sind hier in letzter Zeit wiederholt in Häusern, insbesondere aber auch in öffentlichen Straßen und Plätzen Flugblätter zur Vertheilung gekommen, in welchen die betheiligte Bevölkerung ersucht wird, gewisse namhaft gemachte Lokale zu meiden, da über dieselben durch Volksversammlungen beschluß der Boykott ausgesprochen worden sei. Die ausbringliche Vertheilung dieser Blätter hat sich zumal in den letzten Tagen zu einem allgemein höchst unangenehm empfundenen Umfang gesteigert, sie hat nicht nur vielfach zu Verkehrshörungen, sondern auch sonst zu heftigem Aergerniß bei dem Publikum Veranlassung gegeben, so daß in einem besonderen Falle Schlägerei und Strafenverzug nur durch gütliches Zureden der Polizeibeamten verhütet worden ist.“

Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Ruhe, sowie der Sicherheit des Verkehrs sieht daher die unterzeichnete Behörde sich veranlaßt, das Ausstellen von allen derartigen hiesige Lokale und Geschäfte in Verzug erklärenden Druck- und Schriftstücken auf hiesigen öffentlichen Straßen und Plätzen sowie in Häusern ohne Genehmigung der betreffenden Polizeibehörde zu verbieten und etwaige Zuwiderhandlungen mit Bestrafung nach § 386 Nr. 10 bezw. § 360 Nr. 11 des Reichsstrafgesetzbuches zu bedrohen.

Dresden den 15. November 1889.
Königliche Polizeidirektion.
A. Schwaub.

Also wäre die sächsische Polizei schon richtig auf den Weg paragrafen gekommen!

Elberfeld, 18. November. Unsere Stadt zeigte heute in der Gegend des Landgerichts ein sehr belebtes, fast fröhlich aussehendes Bild. Die verschiedenen Straßen, an denen diese hiesige Landgerichts sitzt, waren schon von Vormittag 9 Uhr ab von einer starken Gendarmerie und Polizeimannschaft besetzt, die Niemand ins Landgericht einliehen, der nicht eine Legitimation vorzuzeigen vermochte. Diese Kuffen erregte Besorgung mochte am meisten dazu beitragen, daß die große Schaar von Publikum die Straßen und das Landgericht belagerten und der Dinge harrten, die da kommen sollten. Gegen 10 Uhr Vormittags rückten die angefallenen Sozialisten in starken Trupps an und wurden nach Vorzeigung ihrer Legitimation in das Allerheiligste eingelassen. Der große Verhandlungsaal im Landgerichtsbau war fast vollständig von den Angeklagten in Anspruch genommen. Die Zuhörer befanden sich auf der Tribüne. Die Angeklagten nahmen auf nummerierten Stühlen in alphabetischer Reihenfolge Platz, den Angeklagten Bebel und Grillenberger wurde gestattet, an einem besonderen Tische in der Nähe der Verteidiger Platz zu nehmen, um die Unterbringung des Entlastungsmaterials, das sie mitgebracht, genügend Raum zu besitzen.

Die Verhandlungen nahmen einen ungewöhnlich ruhigen und glatten Verlauf. Der Präsident des Gerichtshofes leitete die Verhandlungen mit Takt und Geschick und beherrschte den Verlauf dieser ersten Sitzung zu schließen, vollständig das vorliegende sehr umfangreiche Belastungsmaterial. Ein in einem Eck des Saales aufgestelltes Regal erweckt ein besonderes Interesse, insofern es sehr zahlreiche wohlgeordnete Bücher enthält, in welchen die bei einem Theil der Angeklagten gefundenen verbotenen und nicht verbotenen Schriften enthalten sind. Die Sitzung begann heute um 10 Uhr Vormittag und endigte ein Viertel nach 2 Uhr. Morgen soll sie um 9 Uhr beginnen. Wie verlautet, soll der Präsident beabsichtigen, am abends keine Sitzungen zu halten, eine Absicht, die er hoffentlich im Interesse der raschen Abwicklung der Verhandlungen aufgeben wird. Die angeklagten Abgeordneten rechnen darauf, daß sie Anfang nächster Woche einreisen auf Urlaub einreisen zu beendigen, läßt sich heute noch nicht beurtheilen.

Auffällig ist die Zahl der Geimpflichten, die sich zeigen, wo die Angeklagten verkehren.

Oesterreich-Ungarn.

Der niederösterreichische Landtag nahm gestern einen Schutzantrag an, in welchem die Regierung ersucht wird, den Bau eines unmittelbar von Wien ausgehenden Donau-Kanalals möglichst zu fördern, beziehentlich eine diesbezügliche Privatunternehmung materiell zu unterstützen. Das Land

hatte sich plötzlich nach Ablauf der ersten Woche anders besonnen und verweigerte Brot und andere Nahrungsmittel. Er war gewöhnt, sich den Wünschen der Kompanie unterzuordnen, und diese hoffte den Streik am sichersten zu ersticken, indem sie die Arbeiter aushungerte. Uebrigens handelte er wie ein launischer Tyrann, gab oder verweigerte die verlangte Waare, je nach dem Gesichte des Mädchens, das die Eltern darum schickten. Und besonders der Naheude verschloß er seine Thür mit unversöhnlich nachgetragenen Groll. Zum größeren Unglück fror es stark; die Frauen sahen ihren Kohlenvorrath zusammenschmelzen und wußten, daß er nicht erneuert werden würde, so lange die Männer nicht in die Grube führen. Also nicht genug, daß sie hungerten, sie werden auch noch frieren müssen.

Bei den Naheus fehlte schon Alles. Die Levaque lebte noch von einem Zwanzigfrankstück, welches Bouteloup geliehen. Die Pierronne hatte immer Geld; aber um so bedrängt zu erscheinen wie die Anderen und zu verhindern, daß man zu ihr borgen käme, nahm sie bei Naigrat auf Kredit. Seit Samstag legten sich viele Familien ohne Abendbrot schlafen; doch keine Klage wurde laut, Alle gehorchten mit ruhigem Muth dem Lösungswort. Sie brachten Stephan das blinde Vertrauen eines gläubigen Volkes entgegen; er hatte ihnen das Reich der ewigen Gerechtigkeit versprochen; sie waren bereit, zu leiden, um das allgemeine Glück gewinnen zu helfen. Der Hunger verwirrte ihnen die Köpfe; niemals hatte sich ihr trauriger Horizont so prächtig geweitet, und wenn ihre Augen vor Schwäche trübe wurden, erblickten sie die Wunderstadt ihrer Träume; aber nicht mehr märchenhaft verschleiert, sondern deutlich, greifbar, nah, mit ihrem Volk von Brüdern, Alle gemeinsam arbeitend und Alle um einen großen Tisch zu gemeinsamer Mahl vereint. Nichts vermochte ihre Hoffnung auf dieses Glück zu erschüttern. Die Klasse war erschöpft, die Kompanie gab nicht nach, jeder Tag verschlimmerte ihre Lage; sie aber bauten in festem Glauben an ein Wunder, welches im letzten Augenblicke stattfinden müsse. Dieser Glaube ersetzte ihnen das Brot und wärmte ihnen den Leib, und wenn sie ihre Wassertuppe zu schnell verdaut hatten, kam eine Art Schwindel über sie, jene Ekstase, jener übernatürliche Glaube an ein

andern, in denen er anbot, nach Montsou zu kommen, um den Eifer der Streikenden anzufeuern. Es sollte dann ein geheime Versammlung einberufen werden, der Pluchart sich fibiren und in welcher er den Streik zu Gunsten der nationalen ausbeuten wollte, welcher gegenüber sich die Arbeiter bisher mißtrauisch und ablehnend verhalten hatten. Stephan fürchtete Unruhen; aber er hätte trotzdem der Werkmeister von Lille kommen lassen, wenn nicht Kaffern so energisch dagegen aufgetreten wäre; denn unangenehm seines großen Einflusses mußte er mit dem Wirthe rechnen, weil dieser den Arbeitern viele Dienste geleistet hatte und unter seinen Kunden alte, treue Anhänger zählte. Stephan zögerte und wußte nicht, was er Pluchart antworten sollte.

An jenem Montage befand er sich Nachmittags allein mit der Naheude im Speisezimmer, als ein neuer Brief von seinem Freunde eintraf. Naheue war, des Nichtsüßens müde, angelangt gegangen; wenn es ihm gelänge, unter der Schleuse des Kanals einen Fisch zu fangen, könnte er zu Gelde machen und Brot dafür kaufen. Der alte Pierronne und Jeanlin waren ausgegangen, um ihre Partien welche auf der Halde vor den Voreuz Kohlenstücken zu sammeln. Stephan sah vor dem kleinen Feuer der Kamins und die Naheude ihm gegenüber mit offener Brust.

Als der junge Mann einen Brief entfaltete, fragte er: „Gute Nachricht? Wird man uns Geld schicken?“ Er schüttelte den Kopf; sie fuhr fort: „Diese Woche weiß ich nicht, wie wir's machen sollen? ... Nun, untergehen werden wir nicht, das ist gewiß, denn wer das Recht auf seiner Seite hat, ist mächtig und stark!“

Sie war jetzt durchaus für den Streik. Besser wäre es natürlich gewesen, wenn man die Kompanie hätte zum Nachgeben bewegen können, ohne die Arbeit zu unterbrechen, da man nun aber einmal zum Streik gezwungen worden, mußte dieser durchgeführt werden, bis die Bergleute unterthun erhalten. Das war der Frau klar und sie wollte lieber unkommen als nachgeben, wenn man im Recht ist.

Wiederherstellen
dem höher
diesem Unter
Wien angule

Ueber ei
Hoff. Sig.
Dessa reite
nach Petersh
Bismarck plü
die Schienen
geleitet. Mo
das Leben d
nicht. Biele
von den Po
wegen gema
an angewie
weh ja, doch
weniger wil
benutzen er
ke machsan
wisse die
Wollen, wie

Pa

Die B
beriet
Vertrag von
lange folgend
wäre durch
für die off
Zentralbehö
Landesgesell
für die Dau
des Person
über Sicher
erhält in
Schilde ver
getroffenen
den Reichsa
namen vorz
tag muß i
Jahresm
lun der für
Loren, weld
Korrekturen
mit anhäng
von den
Vertragene
mit Schwa
Frank bis
Rechtliches
am Tage
leben auf
erwähnen
Reichsper
Wien der
wenigstens
auf die Här
schaffen B
während d
gehört zu
bertheiligt
werden dür
zahl (natl
nicht entl
kommen,
Anrichtung
ist in
eine Freu
Kaufverwe
materiell v
genügend
gemacht w
überhaupt
daß die A
der Sozial
Land beig
regel sehr
der Agitate
habe, sich
pehens zu
habe offen
bezug bis
diesem Aus
wenn die

„A
kommen
welche un
Nir
Niemander
dann es n
mühte nur
find, ein
werden es
igen.
gar nicht.“
Die
und nann
so behalte
nung. A
kummern
in die An
höchsten
nicht für
schähen, s
und ihr i
zahlte; w
ihm Man
Step
Brot gebe
sie erinn
ihrem Ne
vorher
verloren
hängend,
„Ni
sammtlich
mein Got
In
Ratharin
hätte sie
Verlegen
schlehen

gewußt, wo sie ihren Fuß hingesezt haben. Gefährlicher und mächtiger wie zuvor steht die Partei da, die man von der Bildfläche durch Ausnahme-Gesetze zu seggen glaubte. Bei den jetzigen Verhandlungen hat man von gegnerischer Seite unterlassen, die Sozialdemokratie als Utopie hinzustellen. Selbst die Gegner bekennen jetzt, daß die Sozialdemokratie eine geistige Macht ist, und eben weil sie eine solche ist, wird sie niemals unterliegen, sondern wird und muß als Siegerin aus allen Kämpfen hervorgehen. Wenn es den Sozialisten möglich wäre, eine freie Agitation zu entfalten, wie es anderen Parteien gestattet ist, und wenn dann Heerschaue gehalten würde, dann wäre der Reichstag wie Spreu im Winde zerstreut. Aber wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann man die Anwendung des Grundgesetzes: Gleiches Recht für Alle, bequemer studieren. Unsere Presse wird verboten, unsere Versammlungen werden inhibiert, unsere Vereine werden unterdrückt u. s. w. Lauten Protest muß man gegen die Behauptungen des Ministers Herrfurth einlegen, daß die Sozialdemokraten an den meisten Auflösungen von Versammlungen selber schuld seien. Der Minister ist ganz falsch unterrichtet. Die meisten Versammlungen werden aufgelöst in Folge der Unkenntnis der Gesetze seitens mancher Beamten. Einer scharfen Kritik unterzog Redner noch die Reden der Abgeordneten v. Cuno, Kulemann, Hartmann und Konfortin, Reichensperger und der Herren vom Freisinn bei den Beratungen über das Sozialistengesetz. Den Deutschfreisinnigen wird es nie vergessen werden, wie sehr sie sich an dem Volk vergangen haben durch Annahme des Sozialistengesetzes im Jahre 1884. Niemand dürfe sich entmuthigen lassen, ob wir nun mit dem alten Sozialistengesetz geschmort oder mit

dem neuen gebraten werden sollen; unentwegt soll ein jeder zur Fahne stehen, auf der geschrieben steht: Wahrheit, Freiheit und Recht. Mit einem Verse von F. Freiligrath, „Rein Hagelied“ u. s. w. schloß, mit donnerndem Beifall belohnt, der Redner seinen Vortrag. Eine Diskussion wurde von der Versammlung abgelehnt. Nach einer Pause wurde über folgende Anträge abgestimmt: 1. Protest-Antrag: „Die heutige Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den zweiten Wahlkreis, die von circa 2000 Personen besucht ist, erhebt laut Protest gegen die Ausführungen des Ministers des Innern, welche darauf hinausgingen, daß die Arbeiter die meiste Schuld an den Auflösungen der Versammlungen tragen, und erklärt, daß diese Ausführungen auf Irrthum beruhen, da auch die Arbeiter keinen Wohlgefallen an der Auflösung irgend einer Versammlung, um Standal zu provozieren, finden. Die Versammlung nimmt vielmehr an, daß der Minister des Innern von seinen unterstellten Beamten falsch unterrichtet worden ist. Die Versammlung muß sich gegen derartige Anschuldigungen verwahren.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, diesen Protest unseren Abgeordneten zu unterbreiten und sie zu veranlassen, ihn bei Gelegenheit zu benutzen. Ferner gelangte folgende Resolution gegen zwei Stimmen zur Annahme: 1. In Ermägung, daß bei der Reichstagswahl des Volkes die Wille durch das geheime und direkte Wahlrecht zum Austrag gebracht werden soll, und, daß ein jeder ungehindert von seinem Rechte bei der Agitation zur Wahl Gebrauch machen kann, wolle ein jeder eine vorkommende Unregelmäßig-

keit oder einen Verstoß gegen das Wahlgesetz dem Wahlmann unterbreiten, welcher dann in dieser Beziehung Bericht zu erstatten hat.
2. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die den meisten Arbeitern am Tage der Wahl in den Weg gelegt werden, soll ihnen an der Ausübung seiner Pflicht und seines guten Rechts zu verhindern, wolle die heutige Versammlung beschließen, den Wahltag als den höchsten Feiertag anzuerkennen. Die Versammlung verpflichtet sich, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen, und auch dafür Sorge zu tragen, daß ein jeder Einzelne in diesem Sinne bei den hier nicht anwesenden Mitgliedern und Genossen agitirt.
Beschlüssen wurde noch, die Redaktion des „Berliner Volksblatt“ zu ersuchen, in Zukunft soviel als möglich die Fremdwörter zu vermeiden, oder dieselben zu übersetzen.
Ferner wurde angenommen: a) von „Klingel“ „Vollst.“ u. s. w. solche Lokale zu verlassen, in denen das „Berl. Volksblatt“ und die „Vollstribüne“ ausliegt. — Herr Karge erinnerte an die Kommunalwahlen und ersuchte, nach Kräften für dieselben einzutreten. Zum Schluß richtete der Vorsitzende einen Appell an die Versammlung, einzutreten in die offizielle Agitation für den Reichstagswahltag. Der Kandidat zum Reichstagswahltag für den zweiten Wahlkreis, Konstantin Janiszewski, müsse trotz der „Neter“ und „Norddeutschen“ der Gegner aus der Reihe der Sieger hervorgehen. Mit einem donnernden Hoch auf die sozialistische Bewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Theater.

Mittwoch, den 20. November.
Spernhaus. Götterdämmerung.
Schauspielhaus. Ufenbrödel.
Deutsches Theater. Hamlet.
Leistung-Theater. Nora.
Berliner Theater. Montjoie, der Mann von Eisen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Polengraf.
Kessden-Theater. Schwiegermama.
Wallner-Theater. Verfolgt! Vorher: Der Herr von Lohengrin.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Stend-Theater. Die Räuber.
Belkalliance-Theater. Der Zauberlehrling.
Königstädtisches Theater. Der Glöckner von Notre-Dame.
Central-Theater. Leute von heute.
Adolph Ernst-Theater. Flotte Weiber.

Thalia-Theater,
15. Wallnertheaterstraße 15.
Täglich
Theater-
und
Realitäten-Vorstellung.
Ausstr. des Instrumental-Humoristen werden und Komikers **Bendix jun.** durch Gemolg d. Biederfängerin **Frl. Condella,** die zu schillernden **Kau & Gal,** des Volksbasi und den **Wild. Fröbel,** des Frosch- u. Jongsleus **Herrn Schellini.**
Entrée 30 Pf. Sonntags 64 Ubr.

American-Theater.
1805
Friedrichstr. 55.
Täglich Vorstellung.

Circus Renz.
Karlsruhe.
Sente, Mittwoch, den 20. November 1889,
Abends 7 Ubr:
Novität:
Im dunklen Erdtheil.
(Einnahme von Sagamono.)
Große equestrische Original-Pantomime, arrangirt und in Szene gesetzt vom Direktor **E. Renz.**
Gesellig geschüht.
Vorführung der 6 großartigen engl. Vollblut-springer durch Herrn **Franz Renz.** Auftreten der renommirten Künstlerfamilie **Pratiore.** Reitkünstler **Melville, Orford** und **Artizelli.** Auftreten der Schulfreierin **Frl. E. Guerra.** Große Quadrille aus der Zeit **Friedrich des Großen,** geritten von 8 Damen und 8 Herren, arrangirt von Herrn **Franz Renz.** Auftreten der Reitkünstlerinnen **Frl. Orford** und **Geschw. Frida** und **Elise.**
Morgen: Vorstellung.
E. Renz, Direktor.

Circus Busch.
Friedrich-Rav. Ufer.
Sente, Mittwoch, den 20. November 1889:
Abends 7 1/2 Ubr:
Große Barforce-Vorstellung
zusammengestellt aus
30
der besten Nummern des Repertoires. — In dieser Vorstellung wird dem p. t. Publikum Gelegenheit gegeben, so viel zu sehen, wie sonst in mehreren anderen Vorstellungen, trotzdem wird die gewöhnliche Zeitdauer der Vorstellungen nicht überschritten werden.
Alles Nähere die Plakate.

Hornknopfarbeiter,
Freyer, Schleifer, Polsterer finden lohnende Arbeit.
Leuschow & Markert,
22 Vor dem Stralauer Thor.
Ein tüchtiger Schlosser auf Werkzeug-Masch. findet dauernde Stellung
913
Chausseestr. 12.
Eine geübte Padmagerin verlangt
62
F. Wienert, Rosenbalerstr. 23.

Unserm Freunde und Genossen
Theodor Glocke
zu seinem 30. Geburtstage ein kräftiges Hoch.
R. C., W. W., A. W., E. W., E. M.,
M. H., R. H.

Unserm Genossen **August Günther** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch. Hat man den Satan nicht immer am Strick?

Dem Freund und Genossen **August Günther** zu seinem heutigen Geburtstage ein donnerndes Hoch. Die Gemeingefährlichen von Süd-Ost.

Unserm Freunde **Aug. Günther** zu seinem heutigen Geburtstage ein dreifach donnerndes Hoch. Seine Freunde: 932
D. L. B. U. T. F. A. U. N.
Die Bauern waren so im Thran, Sie sahen den Dienstag für'n Mittwoch an.

Unserm Freunde **August Günther,** Der da soll sein ein großer Sünder Bei den Herren Patrioten, Bringen mehrere der Nothen
923
Ein dreifach donnerndes Hoch.

Danksagung.
Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes, des Zimmerers **A. Mixstadt,** sowie für die reichliche Unterstützung sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 922
Die trauernde Wittwe **Frau Mixstadt.**

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise inniger Theilnahme, der Liebe und Verehrung bei der Beerdigung unserer theuren Mutter sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren aufrichtigsten Dank.

Geschw. Achilles.
Fachverein der Steindrucker u. Lithographen Berlins.
Versammlung
am Donnerstag, den 21. ds., Abends 8 1/2 Ubr, in **Reigmüller's Salon,** Alte Jakobstraße 48a.
Tagesordnung: 930
1. Vortrag des Herrn **B. Viehänder** über: „Die allgemeine Vertheuerung der Lebensmittelpreise.“ 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Unterstützungs-Kommission. 4. Abrechnung vom Herrensabend. 5. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder. Um recht zahlr. und pünktl. Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Delegirten-Versammlung
der Ortskrankenkasse der
Böttcher Berlins
am Dienstag, den 26. d. M., Abends 8 1/2 Ubr, in **Heise's Salon,** Lichtendbergstr. 21.
Tagesordnung: 918
1. Ersatzwahl dreier ausscheidender Vorstandsmitglieder: ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer. 2. Verschiedenes. Sämmtliche Mitglieder sind hierzu eingeladen.
Der Vorstand.

Allgem. Metallarbeiterverein Berlins u. Umgegend.
Der Arbeitsnachweis für den Süden sowie die Bibliothek befindet sich
Ritterstraße 112
in der Restauration von **Schmidt;**
im Norden: Brunnenstraße 40 bei **Schayer.**
Der Arbeitsnachweis ist geöffnet an den Wochentagen Abends von 8 1/2 bis 10 Ubr, Sonntags von 9 1/2 bis 12 Ubr.
Die Bibliothek ist geöffnet am Montag und Donnerstag, Abends von 8 bis 10 Ubr.

H. Präuscher's anatomisches MUSEUM
80/81 Kommandantenstrasse 80/81.
Täglich geöffnet für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag Montag!
Entrée 50 Pf. Vereinskarten giltig. 589
Freunden d. Zeitung empfehle meine Wasch- und Plättankalt. **Gandreda,** Gitschinerstr. 61.

Grosse Versammlung
d. sozialdemokratischen Wahlvereins im vierten Berliner Reichstags-Wahlkreise
am Donnerstag, den 21. ds., Abds. 8 Ubr, in der Brauerei **Friedrichshain,** am Königs-Tag.
Tages-Ordnung:
1. Der Kampf ums Dasein in der Volkswirtschaft. Refer.: Herr Dr. Bruno Ehrlich.
2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelasten.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. 927
Der Vorstand.

Verband deutscher Mechaniker und verw. Berufsigen.
Versammlung.
Mittwoch, den 20. d., Abends 8 1/2 Ubr, im **Louisenstädt. Klubhaus,** Annenstr. 11.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **A. Gerlich** über: „Was leidet die Arbeiter am Sinken des Zinsfußes?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. — Um recht rege Theilnahme und pünktliches Erscheinen ersucht
915
Der Vorstand.

Vereinigung d. Drechsler Deutschlands
(Ortsverwaltung Berlin II. Stadtbranche).
Grosser Herren-Kommers
am Sonnabend, den 23. ds., Abds. 9 Ubr, in **Sanssouci, Rottbujerstr.**
Billets sind zu haben bei den Herren: **Aue,** Kopenstr. 90; **Dietrich,** Skalitzerstr. v. 3 Tr.; **Schnitzler,** Reichenbergerstr. 108, v. 3 Tr.; **Stromeier,** Chorinerstr. Nr. 88, v. 4 Tr.; **Bothe,** Steinstr. 16; **Rahdankl,** Franzosistr. 18a, Hof 4 Tr.

Außerordentliche General-Versammlung
des sozialdemokr. Wahlvereins für den sechsten Berl. Reichstags-Wahlkreis
am Donnerstag, den 21. ds., Abends 9 Ubr, in **Lehmann's Salon,** Schwedterstr. 11.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Vortrag des **Hrn. Virch** über: „Das Recht auf Arbeit.“ 4. Diskussion. 5. Verschiedenes und Fragelasten. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Mitglieder legitimirt. Neue Mitglieder werden an der Kontrolle aufgenommen.
Der Vorstand.

Große öffentl. Steinmetz-Versammlung
am Mittwoch, den 20. November, Abends 8 Ubr, in **„Rennefahrt's Salon“,** Dennewitzstraße Nr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über „den Achtstundentag“. Referent: **W. Werner.**
2. Generalsitzliches und Diskussion.
Bei der Wichtigkeit des Themas wird einem recht zahlreichen Besuch entgegengehoben.
Gäste haben Zutritt und sind höflich eingeladen.
Der Einberufer.

Große Ausstellung!
Lebender Sing- und Schmuckvögel!
verbunden mit Verloosung vom 21. bis 26. November cr., in den Räumen **Kommandanten-Strasse 10/11, 1. Etage.**
Geöffnet von Morgens 9 Ubr bis Abends 8 Ubr! Entrée 50 Pf.
Der Vorstand.

S. HEINE BERLIN
Für die Herbst- und Winter-Saison:
Für Herren, Damen und Kinder
Normal-Unterkleider und Tricotagen
Strümpfe, Socken, Handschuhe etc.
Schlaf- u. Reisedecken
Grosse Auswahl, billige Preise.
Im Tuchgeschäft 637
Brinzenstraße 53,
Gegenüber der Turnhalle:
Herren- und Anabru-
Anzüge, Paletots,
sowie Damenkleider,
Wintermäntel u.
Auf Wunsch auch
Ehrlichzahlungen.

Deutscher Schneider-Verband
(Hilfste Berlin.)
Donnerstag, den 21./11. 1889, Abends 9 Ubr
in **Drehel's Salon,** Sebastianstr. 39:
Mitgl.-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag über „Kapital und Arbeit.“
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Achtung Puker!
Die besten und billigsten
Aether-Lampen!
Den besten
Gasäther!
à Pfd. 25 Pf., à Liter 35 Pf.
bekommt man bei
Domke, Brunnenstraße 134,
zwischen Invalidenstrasse und Rosenbalerstr.
Geöffnet von 8 bis 8 Ubr.

Möbel, Emil Heyn,
eigener Fabrik.
Brunnenstr. 28, Hof part.
Theils, nach Uebereinkommen
Spiegel u. Polsterarbeiten
Cr. Lager, bill. Preise.

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spandauerstr. 6.
am hiesigen Plage bekanntlich [1858]
Größte Auswahl.
Garantirt scharf brennende Tabaks.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise!
Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabaks sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6
am Hadeschen Markt.

Verantwortlicher Redakteur: **H. Cronheim** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Gading** in Berlin SW., Pruhstraße 2. **Stirn** zwei Seiten

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 272.

Mittwoch den 20. November 1889

6. Jahrg.

Wahl-Resultate.

Bei der gestern erfolgten Wahl der dritten Abtheilung wurde folgendes Resultat erzielt:

11. Wahlbezirk (Stadtbezirke 63—67, 74—78). Abgegebene Stimmen: 2529. Es erhielten: Gursch (freil.) 643, Dr. Irmer (B.-P.) 720, Zubeil (Arb.-P.) 1116 St. Stichwahl zwischen Zubeil und Dr. Irmer.

13. Wahlbezirk (Stadtbezirke 88—94). Abgegebene Stimmen: 1167. Klein (Arb.-P.) 802, Erdmann (lib.) 364 Stimmen.

Gewählt: Klein.

14. Wahlbezirk (Stadtbezirke 94—103). Abgegebene Stimmen: 1167. Rechtsanwalt Stadthagen (Arb.-P.) 666, Rerrens (lib.) 299 Stimmen.

Gewählt: Stadthagen.

15. Wahlbezirk (Stadtbezirke 82—85). Abgegebene Stimmen: 1022. Stadts. Tuhauer (Arb.-P.) 635 Stimmen, Ullrich (lib.) 384 Stimmen.

Gewählt: Tuhauer.

17. Wahlbezirk (Stadtbezirke 114—117, 123, 124). Abgegebene Stimmen: 1385. Es erhielten: Ingenieur Richter (lib.) 634 St., Börner (Arb.-P.) 481, Dr. Söderlein (B.-P.) 268 St. Stichwahl zwischen Richter und Börner.

24. Wahlbezirk (Stadtbezirke 168—173). Abgegebene Stimmen: 1300. Es erhielten: Fährdrich (lib.) 205 St., Dr. Irmer (B.-P.) 412 St., Tempel (Arb.-P.) 683 St.

Gewählt: Tempel.

27. Wahlbezirk (Stadtbezirke 152—156, 159). Abgegebene Stimmen: 1191. Es erhielten: Lörmer (lib.) 410 St., Hildebrandt (B.-P.) 261 St., Heindorf (Arb.-P.) 474 St., Kaufmann Langer (ultram.) 33 St. Also Stichwahl zwischen Lörmer und Heindorf.

33. Wahlbezirk. Abgegebene 1171 Stimmen. Stadts. Langenbacher (lib.) 745 St.; Böhl (Arb.-P.) 271 St.; Heinrich (B.-P.) 147 St. Zerplittert 8 St. Gewählt ist somit Langenbacher.

35. Wahlbezirk: (Stadtbezirke 229—236). Abgegebene Stimmen: 1861. Davon erhielt: Tobias (lib.) 359 St., Dr. Bachler (B.-P.) 487; Herzfeldt (Arb.-P.) 815 St. Also Stichwahl zwischen Herzfeldt und Dr. Bachler.

41. Wahlbezirk (Stadtbezirke 305—318). Abgegebene Stimmen: 1765. Vogtherr (Arb.-P.) 900 Stimmen; Rinse (lib.) 865 St.

Gewählt: Vogtherr.

42. Wahlbezirk (Stadtbezirke 276—278, 319—326). Abgegebene Stimmen 1703. Gründel 900. Pilzmann 803 St.

Gewählt: Gründel.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 19. November, 1½ Uhr. Von Tische des Bundesrats: von Boetticher, von Lucius, Graf Hohenthal, von Marschall, Direktor Köhler u. A. Die Bänke des Hauses sind mächtig besetzt. Präsident von Veckow eröffnet die Sitzung nach 1½ Uhr.

Die zweite Verabredung des Etats wird fortgesetzt. Zunächst nimmt die gestern abgetragene Verabredung über den Spezialetat des Reichsamtes des Innern (Spezialetat des Reichsgesundheitsamtes) gestellten Anträge, die Schweine-Einfuhrverbote betreffend, ihren Fortgang.

Es sind dies der Antrag der freisinnigen Partei (Barth u. Gen.): den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, er wolle die Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbotes an der dänischen Grenze veranlassen, und der vom Abg. Wehsky (natlib.) eingebrachte Gegenantrag: den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, die Erlaubnis zur Einfuhr lebender Schweine nach Schlachthäusern des Reiches in möglichst umfassendem Maße zu erteilen.

Abg. Gadeberg (freil.): Von den Regierungsstellen der letzten Zeit ist in Sachsen keine so schwer empfundene Noth für so unbedeutend gehalten worden, wie das die Erhöhung der Schweine aus Oesterreich-Ungarn, von dem Herrn Staatssekretär zugegeben worden, es wäre interessant, wenn er uns Mittheilung hätte, welchen Einfluss diese Erhöhung auf den Budget der Herrschaft ausübt hat, und die sächsischen Garuisonen sind zum größten Theil auf den Import angewiesen. Wenn der Herr Staatssekretär darauf hingewiesen hat, daß durch die Maß-

regel des Einfuhrverbotes die heimische Schweinezucht gehoben werden würde, so ist doch zu berücksichtigen, daß diese Vermehrung sich erst in Jahr und Tag vollziehen kann und nutzlos wäre, wenn das Einfuhrverbot nur ein vorübergehendes wäre. Will denn die Regierung die Maßregel zu einer dauernden machen? In Sachsen wird durch die inländische Produktion nur ein Viertel des Verbrauchs an Schweinefleisch gedeckt. Berechnet man, daß im Jahre 1887 dort 1413 630 Ztr. Schweinefleisch konsumirt sind, daß also 43½ Pfd. jährlich auf den Kopf der Bevölkerung kommen, so ergibt sich durch die Abperrungsmaßregel eine Mehrausgabe von 14 Millionen Mark für das Königreich Sachsen, das ist gleich einer Erhöhung der Einkommensteuer um 80 pCt. Dazu kommt die Erhöhung der übrigen Lebensmittelpreise durch die Awarzölle, welche dem Lande auferlegt sind, lediglih um die Vergrößerung der künstlich gesteigerten Bodenpreise zu erzielen. In anderen Ländern, welche solche Zölle nicht haben, prosperirt die Landwirtschaft, weil Grund und Boden seinen natürlichen Werth hat, bei uns aber muß der Staat helfend eingreifen. Die Produktion welcher Gegenden hat denn der Herr Staatssekretär im Sinne, wenn er meint, dieselbe werde den Bedarf decken? Die Wohlhabenden, auf deren Tisch Wild und Geflügel aufgetragen wird, leiden unter dem Verbot naturgemäß weniger, als der Arbeiter, der zu seinem Brote ein Stück Fleisch oder Speck ist. Nun ist erwähnt worden, daß auch der Lohn ein besserer geworden sei. Bei der Textilindustrie, der wichtigsten in Sachsen, ist dies beispielsweise nicht der Fall. Wochenslöhne von 10, 11, höchstens 12 Mark sind hier die Regel, und dieser Lohn ist dies befriedigender doch wohl nicht zu bezeichnen. Gerade hieraus dürfte sich wesentlich die Zunahme der Sozialdemokratie in Sachsen erklären. Die landwirtschaftliche Bevölkerung in Sachsen macht nicht ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus, so daß die Interessen derselben für das Einfuhrverbot nicht angeführt werden können. Das Schweine-Einfuhrverbot soll wie hier behauptet wird, nicht Schuld an der Erhöhung der Fleischpreise sein, in den Grenzdistrikten aber sieht man an dem Unterschied der Preise jenseits und diesseits der Grenze wohl, wie bedeutungsvoll dies Verbot wirkt. An schuldenlosen Nachmittagen ziehen Frauen und Kinder schaarenweise über die Grenze, um Fleisch zu kaufen. Die zollfreie Einfuhr von Fleisch in kleinen Quantitäten erreicht eine sehr bedeutende Höhe. Die sächsische Regierung selbst erkennt die Nothwendigkeit der Sperrmaßregeln in den Grenzdistrikten nicht an. Daß aber die jetzt gen. Veterinärmaßregeln für den Schutz doch nicht ausreichen, ergibt sich daraus, daß die Seuche auch bei uns um sich greift. Ich befürchte, unser Antrag wird keine Annahme finden, wir haben aber das Unsere gethan, und die Bitterkeit und die Unzufriedenheit im Volke wird auf das Konto Derer gesetzt werden, die das Verbot eingeführt und aufrecht erhalten haben. (Beifall links.)

Staatssekretär von Sottliher: Der Herr Vorredner hat in der Hauptfrage eine politische Rede, aber weniger eine Rede über das Schweine-Einfuhrverbot gehalten. Ich glaube, daß, nachdem die deutschfreisinnige Partei bei der ersten Lesung des Etats in der ausgiebigsten Weise ihren politischen Schmerzen Luft machen können, eine solche Behandlung des Gegenstandes nicht nöthig ist, und weiter glaube ich, daß die Sache schon über Gebühr hingezogen wird. (Oho! links. Sehr wahr! rechts.) Es kommt allerdings nicht darauf an, jetzt noch allgemeine politische Gesichtspunkte zu erörtern, für deren Erörterung in der ersten und dritten Lesung Platz ist. (Widerpruch links.) Ich kann Ihnen nicht helfen, ich bin nun einmal der Ansicht, daß man nicht bei jeder Gelegenheit über Alles sprechen muß. (Sehr richtig! rechts.) Ich will nicht auf die von dem Herrn Vorredner berührten politischen Verhältnisse in Sachsen eingehen, sondern rein sachlich diskutieren. Der Vorredner hat darauf hingewiesen, daß die Nachbarländer nicht präventiv geschützt sind, und doch die Landwirtschaft fortbestehen könne. Aber in jenen Ländern liegen andere Wirtschaftsbedingungen vor. So hat Ihnen auch Herr Graf Doernbroed gestern dargelegt, daß in Holland das Schweinefleisch theurer ist, als bei uns. Der ausländische Produzent erhält eben mehr Geld als der deutsche und ist andererseits nicht so wie dieser durch Grundsteuern und andere Steuern gedrückt, er kann billiger produziren. Es ist ein Irrthum, wenn der Herr Vorredner meint, daß die sächsische Regierung dem Einfuhrverbot nur mit Vorbehalt zugestimmt habe. Die sächsische Regierung hat keinen Vorbehalt gemacht und ist erst bei den weiteren Verhandlungen mit dem Wunsche hervorgetreten, daß zahlreiche Einbruchsstellen an der Grenze errichtet würden. Sachsen hat auch kaum noch Grund zur Klage, nachdem vor Kurzem der Dresdener Viehmarkt neu eröffnet worden ist. Wenn gesagt worden ist, die Löhne seien in Sachsen nicht gestiegen, so ergibt sich aus den Berichten der Fabrikinspektoren übereinstimmend, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung infolge der allgemeinen Lohnzunahme eine befriedigende ist. Mit dem zunehmenden Entropfe der Industrie sind die Löhne im Allgemeinen gewachsen (Sehr wahr! rechts), wenn ich auch weiß, daß es Industriezweige gibt, in welchen das nicht in entsprechendem Maße geschehen ist. Was die Dauer der Abperrungsmaßregel betrifft, so ist dieselbe durch die Tendenz und den Zweck des Verbotes gegeben: mit dem Momente, wo die Gefahr vorüber ist, wird die Aufhebung in Frage kommen, vorher nicht. (Beifall rechts.) Die Ausstellung von Gesundheitsattesten kann die Abperrung nicht ersetzen. Es giebt kein sicheres Mittel um das Fehlen der Infektion zweifelsfrei festzustellen. Die Inkubationszeit ist bei der Maul- und Klauenseuche keine fest bestimmte, es sieht nur fest, daß sie ziemlich lange dauert; wenn daher auch auf dem Transport die Krankheit als nicht vorhanden festgestellt ist, so kann man nicht mit Sicherheit angeben, ob nicht eine jenseits der Grenze eingetretene Infektion noch nach Wochen zum Ausbruch kommt. Was im Auslande gegebene Gesundheitsatteste bedeuten, haben wir erfahren, sie sind oft sehr fragwürdig. Wenn man näher der Grenze liegende Orte, wie beispielsweise Waldenburg, mit Ausnahmen von dem Einfuhrverbot beglücken wollte, so läge doch die Möglichkeit vor, daß bei Gelegenheit des Transportes der Tiere die Seuche sich weiter verbreitete, und dies müssen wir verhindern. Herr Dr. Birchow gegenüber möchte ich einige thatsächliche Verichtigungen machen. Herr Birchow hat sich darüber beklagt, daß nichts zur Bekämpfung des Rothlaufs geschehe, daß diese Frage vielmehr ruhe. Dies ist nicht der Fall. Wir haben den deutschen Landwirtschaftsrath, sowie verschiedene landwirtschaftliche Vereine zur Begutachtung der Angelegenheit aufgefodert und die Sache liegt jetzt so, daß Erwägungen darüber stattfinden, ob zur Bekämpfung des Rothlaufs eine neue Gesetzes-Vorlage gemacht werden soll, oder ob der Bundesrath mit Vorschriften dagegen vorgehen soll. Ich glaube, daß in der nächsten Zeit schon praktische Resultate vorliegen werden. Wenn weiter bemerkt wurde, das Einfuhrverbot sei eine zwischenzeitige Waffe, weil unsere Nachbarländer mit

ähnlichen Verfügungen uns antworten würden, so möchte ich nur sagen, daß wir in dieser Beziehung jetzt schon so schlecht gestellt sind, daß eine Verschlimmerung unseres Zustandes kaum mehr zu fürchten ist. Nach Großbritannien, Belgien und Frankreich ist uns die Einfuhr verschlossen. Sie Alle wissen wohl aus den Zeitungen, welche Bestrebungen seitens der Reichsregierung gemacht worden sind, um wenigstens der Provinz Schleswig-Holstein die Einfuhr nach England wieder zu eröffnen — bis jetzt leider vergeblich. Die Herren aber, welche aus Schleswig-Holstein hier im Hause sind, wissen, welche Verluste dieser Provinz dem englischen Einfuhrverbot erwachsen. Das Einzige, was wir thun können, um die Wiedereröffnung des Auslandes für unseren Viehexport zu ermöglichen, ist, daß wir selbst der Seuche so streng wie möglich entgegenzutreten und uns durch Einfuhrverbote vor Einschleppung der Seuche in unser Land schützen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Centr.): Ich halte es für richtig, unsere Verhandlungen wieder auf die einfache Basis zurückzuführen, auf die Frage, ob der Antrag Barth anzunehmen ist oder nicht. Besprechungen der Sperrmaßregeln an der russischen und österreichischen Grenze gehören streng genommen nicht dazu. Zur Zeit kann ich für den Antrag nicht stimmen, es handelt sich einfach darum, ob der Krankheitskeim jenseits der Grenze fortbesteht oder nicht, alle anderen Fragen müssen ausbleiben. Ich hätte nun geahnt, daß uns in dieser Frage mehr Material aus Konfular-Berichten und von Grenzbehörden vorgelegt werden würde, dann hätten wir eine feste Grundlage für unsere Verhandlungen, denen die große Masse der Bevölkerung mit Spannung folgt. (Sehr richtig! links.) In städtischen Kreisen wird die Aufhebung des Verbotes gewünscht, in ländlichen nicht, weil eben die Fleischpreise höhere sind. (Sehr richtig! links.) Der richtige Standpunkt ist der, das Verbot aufzuheben, sobald die Seuche im Auslande erloschen ist, früher nicht. Ich hoffe, daß die Behörden sowohl, wie die Grenzbevölkerung ihre Aufmerksamkeit auf den Verlauf der Seuche im Auslande lenken, damit bei Erlöschen derselben der jetzt bestehenden Kalamität der hohen Fleischpreise ein Ende gemacht werden kann. Daß hierbei auch die Spekulation mitwirkt, gebe ich zu, schlimm genug ist es, den Hunger Anderer zu benutzen, um sich die Taschen zu füllen. (Ruf links: Wie die Agrarier! — Oho! rechts.) Zur Zeit muß ich meinerseits den Antrag, wie die Dinge liegen, ablehnen.

Preussischer Minister der Landwirtschaft Freiherr Lucius von Gallhausen: Meines Erachtens hat der Herr Vorredner die vorstehende Frage auf den richtigen Ausgangspunkt zurückgeführt. Ich will das von ihm geforderte thatsächliche Material gern geben. Fortwährend sind die Regierungen seitens der Diplomatie über die Verbreitung der Seuchen auf dem Lande erhalten worden. Gerade dadurch sind wir veranlaßt worden, zu der Maßregel der Einfuhrverbote zu greifen. Unter den Sachverständigen besteht darüber kein Zweifel, daß die wirksamste Form der Gesundheitspflege eine prophylaktische ist. Wir müssen suchen, dem Einbruch von Seuchen vorzubeugen. Sind die Erfolge der Prophylaxis auch negativer Natur, so können sie doch dadurch konstatirt werden, daß wir vor großen Seuchen geschützt waren. In 11 Jahren haben wir die Kinderpest nur zwei Mal im Lande gehabt und nur kurze Zeit. Was die jetzt in Rede stehenden Maßregeln anbelangt, das Einfuhrverbot gegen Dänemark, so trat zuerst vor 2 Jahren in Skandinavien die Schweinepest auf, die sich bald nach Dänemark verpflanzte. Die ersten Erscheinungen dieser Krankheit sind die heftigsten, und die Morbidität gerade kurz nach dem Ausbruch eine starke. Deutsche Veterinäre sind an Ort und Stelle geschickt worden und haben die Krankheit eingehend studirt. Noch im Herbst 1888 wurde von ihnen eine weite Ausdehnung der Krankheit konstatirt, obgleich die dänische Regierung ihr mit allen Mitteln zu Leibe ging. Wenn also die preussische Regierung vor zwei Jahren die dänische Grenze gesperrt hat, so hat sie nur ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gethan, die deutsche Landwirtschaft vor der Invasion der Seuche zu bewahren. (Beifall.) Man könnte uns höchstens den Vorwurf machen, daß wir zu spät gesperrt haben. Es ist bekannt, daß die Jahre 1888 und 1889 für die Landwirtschaft höchst ungünstig waren. Das Jahr 1888 war durch Ueberschwemmungen, eine schlechte Kartoffelernte und schlechten Futterstand ausgezeichnet; dementsprechend reduzirte sich auch der Schweinebestand. Ebenso liegen die Verhältnisse im Jahre 1889, welches ein sehr ungesundes Jahr war, und wahrscheinlich wirken die Zustände des Vorjahres auch jetzt noch weiter, genug, auch 1889 ist eine weitere Reduzierung des Schweinebestandes erfolgt. Angesichts dieser Thatsachen haben wir uns so lange wie möglich gegen das Einfuhrverbot gewehrt; aber im Juli wäre ein längeres Zögern eine Pflichtvergeßlichkeit gewesen. Was Rußland betrifft, so haben wir die Sperre gegen Rinder, Schafe und Schweine schon früher gehabt, gegen Gänse und Federvögel ist sie erfolgt, nachdem konstatirt worden ist, daß auch durch solche Herden die Maul- und Klauenseuche weiter verschleppt werden kann. Wir haben Ausnahmen bloß in Oppeln für die Zufuhr aus Rußland zugelassen mit Rücksicht auf die dichte Mentanbevölkerung und weil Oppeln ein todter Winkel, gewissermaßen ein Verkehrsgebiet für sich ist. Wir haben dort mit allen Routen vier bis fünf Schlachthäuser eingerichtet. Aber auch dort haben Einschleppungen stattgefunden. Im Mai dieses Jahres waren in 20 Schweinetransporten 336 Erkrankungen konstatirt. Im Juni war dort gleichfalls die Seuche vorhanden, im Juli zeigten 23 Transporte 507 Erkrankungen. Die angeführten Zahlen beweisen, daß wir so weit gegangen sind, wie wir irgend durften. Ich glaube verstanden zu dürfen, daß wir uns unserer Verpflichtung, einerseits die Landwirtschaft zu schützen, andererseits nicht weiter mit Sperrmaßregeln vorzugehen, als unbedingt nöthig ist, vollständig bewußt sind. Wenn ich mich zu den vorliegenden Anträgen wende, so fehlt dem Antrag Barth jede Voraussetzung zur Annahme, denn, wie schon gestern bemerkt worden ist, ist nach Anmerkungen im Follethina zu Kopenhagen die dänische Seuche noch nicht erloschen. Was den Antrag des Herrn Wehsky anlangt, so verweise ich, daß die Dispensationen seinen Tag früher eintreten werden, als es angänglich ist. Ich bitte das hohe Haus auch diesen Antrag abzulehnen. Sie dürfen das Vertrauen haben, daß die verbündeten Regierungen in allen Fällen nach dem besten Wissen und Gewissen verfahren werden. (Beifall.)

Abg. Wehsky (natl.): Den Antrag Barth können wir nach den Erklärungen der beiden Herren Minister nicht mehr annehmen, wenn wir auch die Nachteile der Sperre nicht unterschätzen. Ich habe deshalb vorgeschlagen, die Stellen, für welche unter Kontrolle die Einfuhr gestattet wird, zu vermindern. Ich habe dabei besonders Waldenburg im Auge. Im Waldenburger Kreise war auch schon vor der Sperre der Preis des Schweinefleisches gestiegen, und die einzige Abhilfe dagegen ist vermehrte Einfuhr. Nun sind ja in Ober-Sachsen an drei Orten unter gewissen Bedingungen die Sperr-

Maßregeln aufgehoben worden, aber das genügt nicht. Was Ratibor erlangt hat, scheint mir auch Waldenburg verlangen zu können mit Rücksicht auf seine Arbeiterbevölkerung und seine Lage unmittelbar an der Grenze. Man kann ja die Kontrolle verschärfen, so weit es nur möglich ist, aber die Vermehrung der Einbruchstationen dürfte nicht abzuweisen sein und dahin geht mein Antrag, den ich anzunehmen bitte.

Abg. von Wedell-Malchow (Dfons.): Herr Buddeberg hat eine lächerliche Wobrede gehalten, und ich hoffe, daß er denselben Erfolg damit haben wird, wie bei den letzten Wahlen ihn seine Partei in Sachsen zu verzeichnen hatte. Er hat behauptet, drei Viertel alles Schweinefleisches, das in Sachsen verbraucht werde, seien importiert. Dann müßten ja fast gar keine Schweine in Sachsen vorhanden sein. Ich möchte gegenüber seinen Klagen über die Sperre nur bemerken, daß 1881 vor den Böden und ohne die Einfuhrbeschränkung der Preis des Schweinefleisches ebenso hoch war, wie jetzt, und zwar aus denselben Gründen, denn auch damals hatten wir große Abgänge im Innern und schlechte Futterverhältnisse.

Abg. Brömel (Dfons.): Der Herr Staatssekretär hat uns vorgeworfen, daß wir die Staatsverhandlungen über die Gebühr mit Anträgen beschwerten. Diese Art der parteipolitischen und persönlichen Anpassung fort und fort ist zuerst von dem Herrn Staatssekretär beliebt worden. (Unruhe.)

Präsident v. Levetzow (den Redner unterbrechend): Ich habe noch nicht gehört, daß der Herr Staatssekretär ein Mitglied des Hauses persönlich angezapft hat. (Heiterkeit.)

Abg. Brömel: Der Herr Staatssekretär hat Herrn Richter angerathen, auszuwandern. (Ruf links: „Sehr richtig.“) Man konnte sich keinen schrofferen Gegensatz denken, als er zwischen den sachlichen Ausführungen Richters und der persönlichen Spitze, auf welche der Herr Staatssekretär seine Ausführungen hinauslaufen ließ, bestand. Wenn wir in ebensolcher persönlicher Weise die persönlichen Eigenschaften der Bundesratsmitglieder erörtern und unsere persönlichen Wünsche dabei aussprechen sollten — ob diese Wünsche nicht auch auf Auswanderung der Bundesratsmitglieder hinauslaufen würden, will ich für den Auzenblick unentschieden lassen. (Heiterkeit.)

Ruf rechts: „Retourkutsche!“ In allen Parlamenten ist es üblich, etwaige Beschwerden bei den dazu gehörigen Positionen des Staats vorzubringen. Die Maßregeln gegen die Viehplague gehören in das Gebiet des Reichsgesundheitsamtes und sind daher bei dieser Position zu erörtern. Die Freude des Herrn Grafen Mirbach über die Höhe der Schweinepreise ist nicht ohne Beigeschmack; wirtschaftlich richtiger ist es, wenn die Preise für nöthige Nahrungsmittel des Volkes gering sind. Nicht allein die Verhältnisse des Konsums in Schleswig-Holstein haben uns zu unserem Antrage geführt, sondern auch die Rücksicht auf die Hamburger Exportschlachtereien, welche allein in einem Jahre über 300 000 Schweine aus Dänemark bezogen. Der Export dieser Schlachtereien betrug mehr als das Doppelte desjenigen Theiles des Bremer Exportes, zu dessen Gunsten wir die Reichspostdampferlinien errichtet haben, nämlich über 32 Millionen. Dieses ganze Schlachtgeschäft ist aus Hamburg jetzt nach England und Dänemark übergegangen. Eine ernste Gefahr droht uns aus Dänemark nicht; man darf die Absperzung nicht zu einem Staatsdogma machen, sie ist weder nöthig, noch nützlich. Man hat uns von der großen Zahl der verstaubten Gemeinden im Auslande gesprochen, denkt man dabei nicht an die über 1000 Gemeinden, an welchen bei uns die Maul- und Klauenseuche herrscht? Eine geeignete Veterinärpolizei im eigenen Lande gewährt den besten Schutz, während die beste Absperzungsmäßregel die Einschleppung nicht verhindert und den Schmuggel fördert. Man führe also eingeführte Vieh auf Schlachthöfe, auf welchen es untersucht und aus denen kein Stück wieder lebend herausgelassen wird.

Staatssekretär v. Söttlicher: Der Herr Vorredner hat mir Unrecht gethan, wenn er mir vorwirft, ich hätte seine Partei geringschätzig behandelt. Das kann in keinem Falle in dieser Sitzung geschehen sein, denn ich habe vorher nur von den allgemeinen Schmerzen seiner Partei, die bei der ersten Lesung des Etats zum Ausdruck gekommen seien, gesprochen und gesagt, daß sich durch die Wiederholung derselben die Verhandlungen über Gebühr hinzögen.

Abg. Sedlmayr (nationalliberal): Die ungünstige Wirkung des Schweine-Einfuhrverbots zeigt sich auch in dem Steigen des Preises für andere Fleischsorten, so daß in München allgemein, wenn keine Aufhebung der Grenzsperrung möglich ist, doch Erleichterungen in dieser Beziehung gewünscht werden. Die Einkaufspreise sind seit Anfang dieses Jahres gestiegen: bei Schlachtwild um 13 pCt., bei Rindern I. Qualität um 30 pCt., II. Qualität um 50 pCt. Ähnlich verhält es sich mit den Detailpreisen, so daß Abhilfe dringend nothwendig ist.

Staatssekretär v. Söttlicher: Anträge im Sinne der Wünsche des Herrn Vorredners sind im Bundesrathe noch nicht vorgebracht worden, ich kann also nicht sagen, wie sich der Bundesrathe dazu stellt. Auf wohlwollende Berücksichtigung berechtigter Interessen kann der Herr Redner sicher rechnen.

Abg. Graf v. Hoenesbroch (Centr.): Da meine gestern mitgetheilten Zahlen in Bezug auf den Vergleich holländischer und deutscher Fleischpreise angezweifelt worden sind, so will ich darüber einige nähere Angaben machen. Es handelt sich um die Fleischpreise von zwei sich an der Grenze gegenüber liegenden Ortschaften, Goch im Kreise Cleve und ein kleines Landstädtchen in der Provinz Nord-Brabant. In Goch herrscht etwas Industrie, ein Umstand, der für die Fleischpreise doch nicht günstig ist. Die Preise beider Orte sind von den kleinen Rechnern angegeben, von denen derjenige auf preussischer Seite — was zur Befestigung seiner Angaben den freisinnigen Rednern gegenüber gelten wird — jüdischer Konfession ist.

Abg. Frhr. v. Frisen (Dfons.) wendet sich gegen die Angaben des Abgeordneten Buddeberg über die Folgen des Einfuhrverbots in Sachsen. Nicht bloß $\frac{1}{2}$ des Konsums von Schweinefleisch werde in Sachsen selbst produziert, sondern umgekehrt $\frac{1}{2}$, und nur $\frac{1}{4}$ werde importiert. Es gebe kaum ein Land, wo gerade von kleinen Reuten so viele Schweine gehalten werden wie in Sachsen. Deshalb komme das Verbot auch nicht bloß der Landwirtschaft, sondern vielsach auch sächsischen Arbeitern und Handwerkern zu Gute.

Abg. Graf Holstein (Dfons.): Auch in anderen Ländern ist der Preis des Schweinefleisches in die Höhe gegangen, und wenn wir die Sperrmaßregeln aufheben, so werden unsere Bestände dezimirt und der Schaden wird noch größer werden. Herr Brömel hat gemeint, die Maul- und Klauenseuche sei nicht so gefährlich. Ich bemerke ihm, daß ich selbst vier wertvolle Kühe dadurch verloren habe, der großen Verluste für die Molkerei bei der Infizierung des ganzen Stalles gar nicht zu gedenken. Wenn Herr Birchow den Agrariern vorwirft, sie wollten keine Abwehrmaßregeln nur nach Außen, nicht im Inlande, so rufe ich die Herren, die es wissen, als Zeugen dafür auf, daß in der Veterinärkommission, deren Mitglied ich bei der Beratung unserer Seuchengesetze war, gerade sämtliche Landwirthe einmüthig die strengsten Maßregeln gegen die Verschleppung im Inlande verlangt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Was Schleswig-Holstein betrifft, so würden durch die Einschleppung der perniciosösen dänischen Seuche der Großgrundbesitzer, der Bauer und der arme Tagelöhner, der sein Schwein aufzieht, eine solche Einbuße erleiden, daß eine Landesalamität sonder Gleichen dadurch entstehen würde.

Die Diskussion verläßt nunmehr das bisher besprochene Thema und wendet sich in Bezug auf den Etat des Reichsgesundheitsamtes nach anderen Fragen zu.

Abg. Engler (national.) fragt an, wie es mit den Verhandlungen behufs Einführung einer Prüfungs-Ordnung für Chemiker stehe.

Staatssekretär v. Söttlicher: Die dieserhalb geführten Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Grundzüge einer solchen Prüfungsordnung sind vom Bundesrathe festgestellt und der preussischen Regierung zur Rücküberlegung mitgetheilt worden. Sache des Reichs ist der Erlass solcher Prüfungsordnungen allerdings nicht, vielmehr muß hier die Initiative den einzelnen Regierungen überlassen werden. Immerhin kann von Reichs wegen der Versuch einer Verständigung zwischen den einzelnen Regierungen gemacht werden. Jedensfalls dürfte, ehe an die Prüfungsordnung für technische Chemiker herangegangen wird, abzumachen sein, wie die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker wird geregelt werden.

Abg. Goldschmidt (Dfons.) glaubt, daß geeignete Nahrungsmittel-Techniker nicht durch Prüfungsordnungen gewonnen würden, sondern nur durch geeigneten Unterricht, bei dem Theorie und Praxis verbunden sein müssen, an den technischen Hochschulen.

Abg. Grub (nat. lib.) fragt an, ob die Reichsregierung gesonnen sei, zu der Frage der Zulassung von Realschulabiturienten zum Studium der Medizin Stellung zu nehmen.

Abg. Windthorst (Centr.) bemerkt, daß die Regelung dieser Frage Sache der Einzelstaaten sei.

Staatssekretär v. Söttlicher: Im Anfange der achtziger Jahre hat der Bundesrathe eine Sachverständigen-Kommission in Betreff der Frage berufen, ob den Realschulabsolventen die Eigenschaft zu verleihen sei, als Vorbereitungsklassen für das ärztliche Studium zu fungieren. Man verneinte diese Frage weil damals die Realschulfrage überhaupt noch nicht abgeschlossen war. Die Realschulen selber waren verschieden geartet. Die Leistungen derselben waren nicht gleichwerthig. Eine neue Anregung ist an den Bundesrathe seitdem nicht herangetreten, auch scheint mir der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet, eine derartige Berechtigung der Realschulabsolventen herbeizuführen, weil der ärztliche Beruf überfüllt ist. Für das Vaterland des Herrn Vorredners, Württemberg, scheint mir ein Bedürfnis auch deshalb nicht zu bestehen, weil dort nur in Ulm und Stuttgart Realschulen bestehen, an jenen Orten aber zugleich klassische Gymnasien vorhanden sind.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen und zur Abstimmung über die Anträge zur Frage des Schweine-Einfuhrverbots geschlossen.

Der freisinnige Antrag (Barth und Genossen) wird mit großer Mehrheit abgelehnt, die vom Abg. Weßky beantragte Resolution ebenfalls, und zwar mit geringer Mehrheit, abgelehnt. Gegen die letzteren stimmen die konservativen Parteien und das Centrum.

Nach Erledigung des Kapitels des Reichsgesundheitsamtes wird die weitere Beratung des Etats auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

Lokales.

Eine recht charakteristische Illustration zu dem Kapitel von der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft liefert folgender Fall: Ein hier jugendliches 20jähriges Mädchen bemühte sich um eine Stelle in der Hauswirtschaft. Da es ihr nicht gelang, alsbald eine solche zu erhalten, nahm sie einsteilen in der Fabrik der Aktien-Gesellschaft Jute-Weberei und Spinnerei Stralau-Berlin Arbeit. Da traf es sich, daß sie Ende der zweiten Arbeitswoche in eine ihr zusagende Stelle treten konnte, und sie gab deshalb die Arbeit in der Fabrik auf. Da eine Kündigung beim Arbeitsantritt ausgeschlossen war, stand dem auch weiter nichts im Wege. Am Sonnabend der ersten Woche hatte sie von ihrem Lohn, der auf sechs Mark festgesetzt war, 4,80 Mark erhalten, denn 1,20 Mark wurden ihr für das Krankenbuch abgezogen. Am Sonnabend der zweiten Woche sollte sie nun 6,25 Mark erhalten und ihr Zahlzettel war auch bereits ausgehändigt. Als sie nun aber erklärte, aufhören zu wollen, strich der Auszahlende mit Bleistift die 6,25 M. durch und schrieb dafür 3,05 M. und erklärte ihr nunmehr, daß sie nicht mehr verdient hätte. Der Arbeiterin wurden also für 2 Wochen bei 11stündiger täglicher Arbeitszeit im ganzen 7,85 M. bezahlt. — Welche Perspektive eröffnet sich nun einem 20jährigen Mädchen, wenn es, ohne Verwandte oder eigene Mittel in der Großstadt in diese Lage geräth, wie es häufiglich bei Hunderten der Fall ist? Wie traurig müssen doch die Dividenden der Aktionäre dieser Gesellschaft ausfallen, wenn sie gezungen ist, eine erwachsene Arbeiterin für eine Arbeitswoche von 63 Arbeitsstunden mit 3,05 M. abzuführen.

In der Nähe von Fabrik-Gebäuden pflegt sich auf den Straßen am Sonnabend nach Saluz und nach Auslösung der Arbeiter ein reger Handelsverkehr zu entwickeln, und es mag wohl Händler geben, welche diese Gelegenheit benutzen zu können, um minderwertige Waare zu guten Preisen los zu werden. Es hatte sich am letzten Sonnabend auf dem Kottbuler Platz ein Aepfelhändler mit seinem Wagen aufgestellt, welcher den zahlreich vorüberkommenden Arbeitern seine Waare anpreist und zwar anfänglich mit dem besten Erfolg. Nützlich aber kamen zwei daher, welche den Händler wiedererkannten und ihm vorwarfen, schon an den fräteren Sonnabenden schlechtes Obst auf diesen Plage verkauft zu haben. Mehrere Arbeiterinnen, die ebenfalls herbeikamen, bestätigten diese Behauptung und im Nu war der Aepfelwagen von Kauflustigen verlassen. Der Händler hielt es für angezeigt, schleunigst mit seinem Vorrath zu verschwinden.

Ein anscheinend nicht ernsthaft gemeinter Selbstmordversuch war es, den gestern ein bei Verwandten in der Schönhauser Allee zu Besuch weilender „Pachsch“, ein 15-jähriges Mädchen ausführte. Das junge Mädchen Anna S., dessen Eltern in der Potsdamer Vorstadt wohnen, hatte, während seine Verwandten im Nebenzimmer saßen, einen Augenblick des Alleinseins benützend aus einer mitgebrachten Flasche „Säwefelsäure“ getrunken und sich außerdem noch einen leichten Schnitt an der rechten Hand mittelst eines Taschmessers beigebracht. Wider Erwarten blieb jedoch die jugendliche Selbstmordskandidatin etwas länger allein, wie sie geglaubt, und da sowohl das eingenommene Gift, wie auch der eingetretene Blutverlust zu wirken begannen, rief der „Pachsch“ laut um Hilfe. Die sofort hinzugekommenen Verwandten riefen einen Arzt herbei, welcher einen Nothverband anlegte, Gegenmittel gegen das Gift anwendete und die kleine Interessante nach der Wohnung ihrer Eltern schaffen ließ. Als Grund des Selbstmordversuchs gab die fünfzehnjährige an, daß sie das Ideal ihrer Verehrung und Liebe — wahrscheinlich irgend ein Klavierlehrer oder hoffnungsvoller Portpesshändler — zu sehr geliebt und von demselben verschmäht, den Tod gesucht habe.

Polizei-Bericht. Am 18. d. M. Morgens wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Fehrdammstraße erhängt vorgefunden. Abends versuchte ein Kutschner in seiner Wohnung am Weinbergsweg seinem Leben durch Gift ein Ende zu machen. Er wurde noch lebend nach der Charitee gebracht. — Im Laufe des Tages fanden an acht verschiedenen Orten kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

Gerichts-Beitrag.

Unter großem Andrang des Publikums wurde gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I ein Prozeß verhandelt, welcher dadurch ein besonderes Interesse erregte, weil der Verteidiger, N.-A. Arthur Stadthagen, in

der selben Sache den Gerichtshof wegen Befangenheit der meisten Mitglieder desselben abgelehnt hat. Es handelte sich um eine sogenannte Streik-Ausschreitung, deren sich die beiden Maurer Lichterfeld und Biede schuldig gemacht haben sollen. Nach der Anklage haben dieselben am 20. Juli d. J. den Maurer Johau durch Drohungen zur Mitbetheiligung am Streik genöthigt. Da Lichterfeld zwischen verflohen ist, so mußte gegen ihn das Verfahren eingestellt werden und hatte der Gerichtshof sich nur noch mit Biede zu beschäftigen. Wie bekannt, hatte der Verteidiger in der Verhandlung, die bereits im Oktober stattfand, den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Brausewetter sowie die Beisitzer, Landgerichtsräthe Brandtke, Graf Strachwitz und Andrae wegen Befangenheit abgelehnt und diese Ablehnung durch nicht weniger als 19 verschiedene Punkte begründet. In erster Linie wurde behauptet, daß der Vorsitzende den Sozialdemokraten, zu welcher Partei die Angeklagten sich bekennen, feindlich gegenüberstehe und diese Gesinnung in verschiedenen früheren Prozeßanträgen an den Tag gelegt habe. Es wurde ferner gerügt, daß der Vorsitzende Uebergriffe des Vertreters der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Verteidiger und den Angeklagten nicht zurückgewiesen habe, daß derselbe unzulässige Fragen des Staatsanwalts dulde und es ebenfalls dulde, daß der letztere eine Bemerkung machte, welche auf die wahrscheinlich erfolgende Verurteilung der Angeklagten hinwies und dadurch eine gewisse Voreingenommenheit zum Ausdruck brachte. Der Vorsitzende sollte ferner bei der Zulassung des Publikums zum Zuhörerraum in parteiischer Weise verfahren sein und besonders dadurch den Gesinnungsgenossen der Angeklagten die Beimohnung der Verhandlung unmöglich gemacht haben. Eine feindliche Gesinnung des Vorsitzenden gegen sich erblickt der Verteidiger ferner in dem Umstande, daß es zwischen ihnen verschiedentlich zu Differenzen gekommen ist und der Gerichtshof eine vom Staatsanwalt gegen den Verteidiger beantragte Ordnungsbüße bestrafte, ohne dann dem Antrage des Verteidigers, auch den Staatsanwalt in eine Ordnungsbüße zu nehmen, statt zu geben. Bei dieser Gelegenheit habe der Vorsitzende auch eine gegen den Verteidiger gerichtete abfällige Bemerkung gemacht, welche seine feindliche Gesinnung betraute und das Mißtrauen wachrufen müsse, daß ein unparteiisches Urtheil nicht zu erwarten sei. Da die genannten Beisitzer dies behaupten des Vorsitzenden geduldet, so sei ihnen die nöthige Selbstständigkeit nicht zuzutrauen, sondern anzunehmen, sie seien unter dem Einflusse des Präsidenten ständen und aus diesem Grunde rechtserfugte sich auch ihre Ablehnung. Dies sind im Wesentlichen die Gründe, welche in weiteren Ausführungen seiner Zeit eine mehrstündige Protokollirung erforderten. Im gestrigen Termine stellte der Verteidiger wiederum einen Festsetzungsantrag und zwar bemängelte er, daß der Beschluß des Gerichtshofes in Betreff des Ablehnungsgesuches dem Angeklagten nicht direkt zugehört worden sei. Staatsanwalt Krohne erwiderte, daß die Vollmacht des Verteidigers denselben ausdrücklich ermächtige, für den Angeklagten Schriftsätze und Dokumente in Empfang zu nehmen und der angeführte Grund deshalb hinfällig sei. Dieser Ansicht trat der Gerichtshof bei und lehnte den Verlegungsantrag des Verteidigers ab. Sodann wurde der Beschluß des Gerichtshofes in Betreff des Ablehnungsgesuches verkündet. Derselbe ist von den abgelehnten Mitgliedern der I. Strafkammer unter Zustimmung des Landrichters Dr. Frischen gefast worden und enthält sämtliche Ablehnungsgründe für unzutreffend. Nach Prüfung der Sachlage auf Grund der dienlichen Behauptungen der betreffenden Richter sei Nichts erwiesen, was eine Neigung des Vorsitzenden, Direktors Brausewetter, zur Parteilichkeit gegenüber sozialdemokratischen Angeklagten erkennen lasse, daß viele von dem Verteidiger behaupteten Vorkommnisse: jedenfalls keine Beziehung auf Angeklagten hätten, andere aber der Begründung entbehrten. Es sei auch nicht als erwiesen anzunehmen, daß der Vorsitzende durch seine Haltung dem Verteidiger gegenüber versucht zu sein, das Vertrauen des Angeklagten zu seinem Verteidiger zu erschüttern. Was speziell die behauptete unbefugte Brieföffnung betrifft, so stehe fest, daß es sich um ein Paket mit Zeitungen handelte und die Berechtigung vorlag, dasselbe zu eröffnen. Die gegen die Beisitzer vorgebrachten Beschwerden seien noch weniger zureichend, da keinerlei Anhalt dafür geboten sei, daß dieselben anderen Gründen, als ihrer freien richterlichen Ueberzeugung entsprächen. Was den im Besonderen abgelehnten Landrichter Frisen betrifft, gegen welchen geltend gemacht worden, daß derselbe auf demselben politischen Standpunkte stehe wie der Vorsitzende und im Parlament sich als engagirter Gegner der Sozialdemokratie gezeigt habe, so stehe nach einem Reichsgesetz Erkenntnis fest, daß das Eintreten für eine politische Richtung gegen einen Richter nicht den Verdacht der Befangenheit begründen könne. Danach seien die sämtlichen Ablehnungsanträge des Verteidigers abzulehnen gewesen. — Der Gerichtshof trat hierauf in die Verhandlung der vorliegenden Strafsache ein, welche damit endete, daß der Angeklagte Mangels genügender Aufklärung der Sachlage freigesprochen wurde.

In unmittelbarem Anschluß hieran wiederholte Reichsanwalt Stadthagen in einer vor derselben Strafkammer anstehenden Strafsache den Antrag auf Ablehnung der beiden derselben Mitglieder des Kollegiums wegen Befangenheit. Diesmal handelte es sich um eine Angeklagte wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz, welche sich gegen die Maurer Gansow, Labbert und Richter handelte. Zu derselben waren 20 Zeugen geladen. — Der Verteidiger überreichte schriftlich die Begründung seiner Ablehnungsanträge und erklärte, daß es zum Theil dieselben, zum Theil neue Gründe seien. — Staatsanwalt Krohne hielt es nicht für zulässig, daß nochmals die Gründe geltend gemacht werden, welche vom Gericht bereits als unzutreffend abgelehnt seien. Der Verteidiger erwiderte, daß nirgends eine Bestimmung bestünde, welche den jetzigen Angeklagten verböte, dieselben Ablehnungsgründe geltend zu machen, wie vor ihnen schon andere. Die Angeklagten Gansow u. Labbert seien durch den Vorsitzenden in eine physische Zwangslage gebracht worden und er halte seine Behauptungen, die in dem Ablehnungsantrage stehen, durchaus aufrecht, insbesondere auch deswegen, weil über keinen einzigen Punkt Beweis erhoben worden, sondern nur dienliche Aeußerungen der abgelehnten Richter der Entscheidung zu Grunde gelegt worden seien. — Der Vorsitzende hatte Vorfrage getroffen, daß vier Erschrichter im Gerichtshof hat, wie der Vorsitzende v. Kirchbach, welcher führte, keine Gründe erkennen können, welche den Landgerichtsdirektor Brausewetter als befangen erscheinen lassen. Der Gerichtshof ist namentlich der Meinung gewesen, daß der Vorsitzende unter gewissen Umständen auch befangen sei, um die Glaubwürdigkeit von Zeugen zu prüfen, sich auch nach der politischen Stellung derselben zu erkundigen. Der Gerichtshof hat weiter angenommen, daß eine etwaige Voreingenommenheit des Vorsitzenden gegen den Verteidiger hier gar nicht in Frage kommen könne, es sich vielmehr nur um eine solche beziehe, die gegen die Angeklagten handele und eine solche erachtet. Der Gerichtshof nirgends als erwiesen gehalten, daß der Gerichtshof habe auch nicht als nachgewiesen gehalten, daß der jetzigen Angeklagten dadurch in eine feindliche Zwangslage gebracht worden, daß ihnen die nächsten Gerichtsferien keinen Anhalt worden seien, denn die Gerichtsferien haben keinen Einfluß auf den Fortgang schwebender Strafsachen. Das Ablehnungsgesuch ist in allen 19 Punkten für unbegründet erklärt worden, sowohl bezüglich des Vorsitzenden, als auch bezüglich der abgelehnten Beisitzer, welche überdies noch persönlich erklärt

haben, daß sie demokratische Mitglieder der Strafkammer sind. Die Angeklagten Gansow, Labbert und Richter sind durch den Vorsitzenden in eine physische Zwangslage gebracht worden und er halte seine Behauptungen, die in dem Ablehnungsantrage stehen, durchaus aufrecht, insbesondere auch deswegen, weil über keinen einzigen Punkt Beweis erhoben worden, sondern nur dienliche Aeußerungen der abgelehnten Richter der Entscheidung zu Grunde gelegt worden seien. — Der Vorsitzende hatte Vorfrage getroffen, daß vier Erschrichter im Gerichtshof hat, wie der Vorsitzende v. Kirchbach, welcher führte, keine Gründe erkennen können, welche den Landgerichtsdirektor Brausewetter als befangen erscheinen lassen. Der Gerichtshof ist namentlich der Meinung gewesen, daß der Vorsitzende unter gewissen Umständen auch befangen sei, um die Glaubwürdigkeit von Zeugen zu prüfen, sich auch nach der politischen Stellung derselben zu erkundigen. Der Gerichtshof hat weiter angenommen, daß eine etwaige Voreingenommenheit des Vorsitzenden gegen den Verteidiger hier gar nicht in Frage kommen könne, es sich vielmehr nur um eine solche beziehe, die gegen die Angeklagten handele und eine solche erachtet. Der Gerichtshof nirgends als erwiesen gehalten, daß der Gerichtshof habe auch nicht als nachgewiesen gehalten, daß der jetzigen Angeklagten dadurch in eine feindliche Zwangslage gebracht worden, daß ihnen die nächsten Gerichtsferien keinen Anhalt worden seien, denn die Gerichtsferien haben keinen Einfluß auf den Fortgang schwebender Strafsachen. Das Ablehnungsgesuch ist in allen 19 Punkten für unbegründet erklärt worden, sowohl bezüglich des Vorsitzenden, als auch bezüglich der abgelehnten Beisitzer, welche überdies noch persönlich erklärt

die Verantwortung für dieselbe von der Parteileitung abzuwälzen. Die öffentliche Organisation scheinen, zum Teil schon vorbereitet, sehr bald in allen größeren Orten hergestellt worden zu sein. Es werden dafür verschiedene Kundgebungen im „Sozialdemokrat“ als Beweise angeführt, theilweise der Inhalt von Einwendungen, wo auf Organisationen direkt Bezug genommen wird, theilweise auch die Unterschriften von Einwendungen, wie „die Zeitung in Leipzig Stadt und Land“, die „Beauftragten in Magdeburg“, die „Vertrauensleute in Elberfeld“, der „Beauftragte in München“ u. s. m.

Mit diesen Vertrauensleuten korrespondire die Expedition des „Sozialdemokrat“, versende an sie das Parteiblatt, rechne mit ihnen ab u. s. w. Die Parteivertretung selbst fordere zur massenhaften und weitesten Verbreitung des „Soz.“ auf und ermorte „prompte Abrechnung der Vertrauensleute“ (Juni 1882).

Örtliche Verwaltungen seien durch richterliche Urtheile festgestellt worden in Frankfurt a. M., München, Posen, Stettin, Breslau, Altona, Bielefeld, Magdeburg, Leipzig, Berlin, Halle, Hannover, Kassel, Mainz und Düsseldorf. Das auch in Barmen und Elberfeld örtliche Verwaltungen bestehen, gehe aus Zitaten aus dem „Soz.“ hervor.

Die Leitung der allgemeinen Verbindung werde durch die jeweilige Reichstagsfraktion als „Parteivertretung“ und von den angestellten Beamten (Redaktion und Expedition) des „Sozialdemokrat“ ausgeübt, zum Teil gemeinschaftlich. Diese Thätigkeit umfasse die Anstellung der Parteibeamten, die Verwaltung und Verwendung der Parteifonds, die Redaktion und Verwaltung des Parteiblattes, die Verwaltung des Parteiverlags und der Druckerei, die Herausgabe aller zur Verbreitung bestimmten Schriften, die Verwaltung des Parteiarchivs und die Leitung der Parteidisziplin (Schiedsgerichte und „schwarze Listen“). Der Parteikongress sei oberste Instanz der Verwaltung und Entscheidung aller Angelegenheiten der allgemeinen Verbindung.

Aus alledem leitet die Anlagenschrift ab, daß die zur Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen bestehende allgemeine Vereinigung eine festgesetzte Organisation und eine feste Disziplin besitze, so daß sie, wenn nicht als Verein, so doch als eine Verbindung unter allen Umständen erachtet werden müsse.

Die Anlagenschrift betrachte es als notorisch, daß die Endemede der allgemeinen Verbindung „auf den Sturz der Monarchie in politischer Hinsicht, und in ökonomischer Hinsicht auf die vollständige Vernichtung der gegenwärtigen Produktionsweise und der darauf basirten Gesellschaftsform“ gerichtet seien. Als Beweis dafür werden neben einem bei dem Angeklagten Grimpe gefundenen Protokoll der deutschen Arbeiterpartei in der Schweiz gegen das Verhalten der Abgeordneten Hasenclever und Blos, eine Reihe von Zitaten aus dem „Sozialdemokrat“ angeführt. Aus dem international-revolutionären Boden der Gesamtpartei siehe auch die Sozialdemokratie des Wupperthals, deren an die Öffentlichkeit tretende Haltung zwar eine maßvolle gemessen, aber nur, wie aus den Beobachtungen der Polizei über ihre geheime Wirksamkeit hervorgehe, um die Behörde über ihre wahren Ziele zu täuschen und sich nicht vorzeitig Verlegenheiten zu berufen. So seien in den geheimen Versammlungen dem Delegirten zum Wupperthaler Kongress Vorwürfe gemacht worden, daß er für die Ausschließung Moths und Hoffelmanns gestimmt; ferner sei die Uebersetzung ausgesprochen worden, daß die soziale Frage nur durch Gewalt gelöst werden könne u. s. w. Fische habe gesagt, daß ein Kriegsausbruch von der Sozialdemokratie zum Vorschlag benützt werde, und Müller habe getadelt, daß die sozialdemokratische Fraktion sich bei Bekanntmachung des Ablebens Kaiser Wilhelms I von den Sitzen erhoben habe.

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Versammlungen.

Die öffentliche General-Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend, welche am 18. d. Mts. nach dem „Deutschen Volks-Theater“ (Schönhauser Allee) zur Celebration der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Maurer Berlins zu der am 25. d. Mts. in Rostock stattfindenden Konferenz der Vertrauensleute der Maurer Deutschlands?“ einberufen worden war, fand unter Vorsitz des Herrn Kerstan statt. Auch der Besuch dieser Versammlung entsprach nicht der Wichtigkeit der Tagesordnung. Der Vorsitzende recapitulirte nochmals allgemein die Debatten, wie sie in der öffentlichen Generalversammlung auf dem „Berliner Bod“ gepflogen worden waren (über welche in Nr. 270 des „Berliner Volksblatt“ ausführlich berichtet worden ist), nochmals hervorhebend, daß von Berlin selbstständig eine Agitation entfaltet werden müsse, sollte die Berliner Organisation nicht gänzlich zu Grunde gehen. Herr Kröpner warnte entschieden vor Gewaltthaten. Dadurch würde die kaum gefestigte Einigkeit der Maurer Deutschlands wieder zerfallen werden. Er bat dringend, die Beschlüsse des Kongresses zu respektiren. Herr Krieg äußerte sich dahin, daß die Kongressbeschlüsse nicht soweit ausgedehnt werden dürften, daß die Berliner Maurerschaft unbedingt nach der Hamburger Pfeife zu tanzen habe, insbesondere, wenn dadurch die Allgemeinheit geschädigt werde. Er trat der Ansicht des Herrn Kerstan bei, daß, wenn die Konferenz der Vertrauensleute den Berliner Verhältnissen nicht Rechnung tragen würde, die Berliner Maurerschaft ihre Angelegenheiten selbstständig in die Hand zu nehmen hätte. Herr Scheel hielt die ganze Konferenz für zwecklos. Der Kongress wäre der Platz gewesen, die Interessen der Berliner Maurer zu vertreten. Nur 5 Delegirte hätte die Berliner Maurerschaft entsendet — aus Ersparnisrücksichten. Redner rief, die Kongressbeschlüsse unangefastet bestehen zu lassen bis zum nächsten Kongresse, dann aber mit voller Energie für die Wahrung der Interessen der Maurer Berlins einzutreten und Männer zum Kongress zu entsenden, welche im Stande sind, die Berliner Interessen nachdrücklich zu vertreten. Friede unter den Maurern Deutschlands könne, nach der Meinung des Redners, nur erst dann herrschen, wenn nur ein Organ bestünde, entweder der „Grundstein“ oder das „Vereinsblatt“. Herr Fiedler legte hierauf nochmals eingehend die ganze Situation klar und vertrat den Standpunkt, daß die Berliner Maurerschaft gegenüber der von Hamburg ausgeübten Diktatur unbedingt einen Weg finden müsse, um das Berliner Programm (9stündige Arbeitszeit, 60 Pf. Stundenlohn u. s.) zur Durchführung bringen zu können. Er war der Meinung, daß, wenn die Kongressbeschlüsse noch weiter in Kraft bestehen blieben, die Berliner Maurer an eine Lohnbewegung im nächsten Frühjahr nicht denken könnten. In der weiteren Diskussion wurde die heftige Angelegenheit weitläufig ventilirt, doch mochte sich im Allgemeinen die Meinung geltend, daß die ganze Konferenz wenig oder nichts an den bestehenden Verhältnissen ändern würde, indem die Geschäftsleitung entweder die Beschlüsse der Konferenz nicht berücksichtigen würde, oder wenn dies geschehen würde, doch soviel Zeit darüber hingehen würde, daß schließlich die Zeit für den neuen Kongress da sei. Daß Herr Fiedler die Konferenz zu besuchen habe, darüber herrschte schließlich kein Zweifel mehr und sah die Versammlung diesbezüglich folgenden Beschlusses: „Die heutige öffentliche Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgegend beschließt, daß, wenn die Geschäftsleitung uns (den Berliner Maurern) es nicht gestatten kann, in der nächsten Umgebung von Berlin Agitation zu treiben, so müssen wir dieses dennoch thun und werden wir (die Berliner Maurer) die Folgen unserer Agitation auf dem nächsten deutschen Maurerkongress verantworten. Alle anderen Kongressbeschlüsse erklären wir, voll und ganz halten zu wollen.“ In der vorigen Versammlung war Herr Kerstan beauftragt worden, eine Anfrage an die Geschäftsleitung zu richten, betreffend die 204 Mark 10 Pfennige, welche von der Geschäftsleitung in ihrem „Schriftweiser“ sowie als Streifenunterstützung den Berliner Maurern angerechnet worden sind. Herr Dammann erklärte in seinem Antwortschreiben auf diese Anfrage, daß die 204 Mark 10 Pfennige für persönliche Unkosten an einige Mitglieder der Geschäftsleitung, welche während des letzten Aufenthaltes in Berlin waren, vorausgezahlt worden seien, abzüglich 18 M., welche an 2 Berliner Kollegen in Hamburg als Reiseunterstützung gezahlt worden sind. Die Versammlung war der Meinung, daß die verbleibende Summe dem Agitationskonto zuzuschreiben, nicht aber als Unterstützung des Berliner Maurerstreiks zu verrechnen sei und wurde das Bureau der Versammlung beauftragt, zur Aufklärung der Maurer Deutschlands eine diesbezügliche Klarstellung sowohl im „Grundstein“ als auch im „Vereinsblatt“ zu veröffentlichen. Unter „Verschiedenes“ illustrierte Herr Scheel die heutigen Verhältnisse im Baugewerbe, den Bauwunder, in drastischer jedoch wahrheitsgemäßer Weise und wünschte dringend, praktische Fachleute zur Beaufsichtigung der Bauten und eine gerechtere Behandlung derjenigen Arbeiter, welche gegen den Bauwunder protestiren und Angehörigen zur Anzeige bringen — denunziren, wie es heißt — seitens der Behörde. Auch plaidirte er in warmen Worten für die „Freie Vereinigung“, während Herr Riemann den „Unterstützungsverein“ in Erinnerung brachte. Den Beschluß machte die „Baugewerks-Zeitung“.

Am Vorabend der Kommunal-Wahlen hatten sich die Wähler des 13., 14., 15. und 17. Kommunal-Wahlbezirks zu einer letzten Versammlung eingefunden, die in Klein's Festsälen, Oranienstraße 180, tagte.

Von dem lebhaften Interesse für die inzwischen vollzogenen Wahlen zeugte die Thatsache, daß die Räume des Lokals die große Anzahl der Erschienenen nicht zu fassen vermochten, obgleich Tische und Stühle schon vor Beginn der Versammlung zumeist entfernt worden waren. Ins Bureau wurden die Herrn Kröder, Pohl und Liesländer gewählt. Kopf an Kopf gedrängt lauschte die Menge den Ausführungen des Referenten, Herrn Stabitz, welcher noch einmal in kurzen Zügen die Bedeutung der Wahlen darlegte und das Programm der Sozialdemokratie auf kommunalem Gebiete entwickelte. Nach dem Vortrage nahmen noch die Herren Klein, Förner und Wagner das Wort, um die gegenwärtigen Flugblätter einer eingehenden Kritik zu unterwerfen und die in denselben enthaltenen Vorentscheidungen als solche zu kennzeichnen. Ein Antrag, daß alle Parteigenossen ganz energisch für die aufgestellten Kandidaten einzutreten haben, wurde einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die glänzend verlaufene Versammlung.

In die Schneider Berlins! Die Zustände in der Schneiderei sind nachtrabe derart geworden, daß sie als ganz unhaltbar bezeichnet werden müssen. Vor allen Dingen trifft dies zu in der Konfektions-, Militär- und Beamten-Lieferungs-Branchen, denn in den betreffenden Firmen, welche hier hauptsächlich in Betracht kommen, sind die Arbeitslöhne so sehr gesunken, daß es an der Zeit ist, an Abhilfe zu denken. Zur Bepfehlung der Miskhande ist von der am 29. Oktober abgemachten Siebenerkommission eine öffentliche Schneider-Versammlung nach der Norddeutschen Brauerei, Chausseest. 33 einberufen, mit der Tagesordnung: 1. Die Nothlage in der Konfektions-, Militär- und Beamten-Lieferungsbranche und der Weg zur Abhilfe. Referent: Kollege Leonhard Pfeiffer. 2. Diskussion. Zu dieser Versammlung werden die Schneider der Konfektionsgeschäfte von Adam, Hugo Werner, Rosenbaum, Rosenbaum, Georg Müller, Galemst sowie der Militär- und Beamten-Lieferungsgeschäfte, als Mohr und Speier, Ed. Sahl, Collani, Gebrüder Dahms u. s. w. aufgefordert, am Platz zu sein.

Achtung! Die allgemeine Arbeiterinnen-Versammlung, welche am 10. d. Mts. bei Dr. Fischer, Seckelstraße 30, stattfinden sollte, hat die politische Versammlung nicht erhalten.

Algemeiner Metallarbeiter-Verein Berlin und Umgegend. Große Versammlung am Mittwoch, 20. Nov., Abends 8 Uhr, im Rest. „Große Raumannstraße 27. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn E. Schmidt über die Forderung der Arbeitszeit und die Bedeutung derselben für die Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Beschluß. Freigabe der Plätze. Am recht zahlreichen Besuch wird gebeten. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich im Elden: Mittelstraße 10 bei Schmidt, Restaurant, im Rorden: Braunnstraße 40 bei Schor, Restaurant, und in täglich Abends von 8 bis 10 Uhr, Sonntags von 10 bis 11 Uhr geöffnet.

Die Bibliothek befindet sich im Restaurant Schmidt, Mittelstraße 112 und werden daselbst Montags und Donnerstags, Abends von 8 bis 10 Uhr, offen gehalten.

Stoße öffentliche Stammbuch-Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Krenelabris Salon, Dammstraße 10. Tagesordnung: 1. Vortrag über den Stammbuchentwurf. Referent: H. Werner. 2. Gemeinnützliches und Diskussion. Bei der Bibliothek des Stammbuchs werden reichhaltige Nachweise mitgebracht. Bitte haben Zutritt und die Arbeiter halten sich.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Algemeiner Arbeiterinnen-Verein. Versammlung am Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, in Dr. Fischer's Salon, Seckelstraße 30. Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgericht und die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen zu denselben. Referent: Frau Marie Wesselsberg. 2. Diskussion. 3. Beschluß. Diese wichtigen Tagesordnung wegen der zahlreichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Auch die Arbeiterinnen Frauenvereine, speziell der Stadt, Dr. Irmer sind herzlich eingeladen.

Soziale Uebersicht.

Das Schmiedehandwerk, das in den Köpfen unserer Spiechbürger als romantisch-gemüthliches Gewerbe spukt, ist beinahe ein sehr schweres, gesundheitschädliches und liefert sehr viele Lungenranke. Die Technik, die so viele Arbeiter des Schmiedes bereits den Maschinen überweisen, plant jetzt eine Einrichtung, welche die Arbeit des Schmiedes vollständig verändern soll. Die Thomson Electric Welding Company in Boston baut eine neue elektrische Maschine zum Schweißen von Metallen. Das Schweißen mittelst derselben geschieht viel rascher, billiger und besser, als durch Handarbeit und eignet sich namentlich zur Herstellung von Unterkerten, bei denen es auf sichere Arbeit ankommt. So wird wieder eine Anzahl Hände überflüssig.

In der Textilindustrie jagt eine Erfindung die andere. So ist jetzt in England eine verbesserte Flachschwingmaschine hergestellt worden, die 10 Zentner Flachs in 10 Stunden bewältigt; und dieser Flachs erzielt 25 bis 33 pCt. Faßer, je nach seiner Beschaffenheit. Sie erfordert einen Motor von 2 Pferdekraften und nur 3 Aufwarter, von denen einer die Bündel Flachs zurichtet, der zweite der Maschine den Flachs zuführt und der dritte denselben entfernt. Die beiden ersten können jedoch bei 4 bis 5 Maschinen zugleich arbeiten, so daß, wenn die Maschinen nebeneinander stehen, noch weniger Arbeitskräfte erforderlich sind. Der Kapitalismus schleudert immer mehr Arbeitskräfte auf die Straße.

Streng feste Preise!
HERREN-GARDEROBE
Adler & Baruch, 143, Oranienstraße 143,
(am Moritzplatz u. Brandenburgstraße.)
Elegante Winterpaletots in größter Auswahl
von 29 Mark an.
Neuheiten in Stoffen zur Anfertigung nach Maß stets vorrätzig.
Streng feste Preise!

Soeben erschien
Heft 6
Volks-Fremdwörterbuch
von
Wilhelm Liebknecht.
Sechste Auflage. — Erscheint in 12 Lieferungen à 20 Pf.
In beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße Nr. 44.

Eisenwaaren, Werkzeuge,
Haus- u. Küchengeräthe
E Vogtherr, Berlin C.,
Landsbergerstraße 64 (am Alexanderplatz)

Steppdecken-
Fabrik, Oranienstr. 158,
1357) **Emil Lefèvre.**
Große Auswahl Steppdecken in
Seide, Wolle und Satin von 4 bis
30 Mark. Einzelne wenig be-
schädigte Steppdecken à 3 M.
Illustrirte Preisliste gratis und franko.

39 Kranzbinderei **39**
J. Döltz, 752
Kunst- und Handlogartner,
Skalitzerstraße 39,
Zweites Geschäft Markthalle 7
39 Treddenerstraße 233. **39**

39 Nur 1 Mark [1472
kollert jede Uhr zu reinigen unter
Garantie. Bei allen Reparaturen
wird der Preis vorher gefagt.
Eleser, Uhrmacher (Fachmann).
Nannysstraße 15, Ecke Mariannenstr.

Jede Uhr
zu repariren und reinigen kostet bei
mir unter Garantie des Gutgehens nur
1 Mk. 50 Pfg.
Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten
neuer Uhren. Verkauf zu Fabrikpreisen.
E. Rother, Uhrmacher.
951) 1. Geschäft: Andrastr. 62.
2. Geschäft: Chausseest. 78.

Reisehandlung. Billige Reste zu großen u.
Morgenkleidern, Regen- und Winter-Manteln,
Blüsch, Krimmer, Pelz, Sammet, Tricot u.
Taschen, auf Wunsch gleich zugeschnitten.
682 **Karle,** Leipziger Platz 1 (Ecke Waldemarstr.)

Den Genossen empfehle bei
dieser Gelegenheit
Herren- u. Anaben-Garderoben-Gesells.
Wilh. Pahr, Elisabethkirchstraße 3
am Pappelpark

Der Arbeitsnachweis
der
Klavierarbeiter
befindet sich Raunstraße Nr. 78 bei
Winzer. Die Adressenausgabe findet jeden
Abend von 8-9 Uhr und Sonntags
mittags von 10-11 Uhr, sowohl an Mitglieder
wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.
Die Arbeitsvermittlungsgesellschaft

Elberfelder Sozialistenprozess.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Zu den Beschäftigungen der Verbindung gehören die Organisation, Herstellung und Unterhaltung einer Verbindung der örtlichen Vereinigungen unter einander und mit der Parteileitung, Agitation für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und der von der Parteileitung herausgegebenen Schriften, endlich Sammlungen für Agitations- und Unterstützungszwecke. Nach Streichung des Wortes „geheim“ aus dem Programm habe die Verbindung auch vor der Öffentlichkeit den gesetzlichen Boden verlassen, was durch Äußerungen einzelner Mitglieder der Parteivertretung erwiesen sei.

Das Ein-, Verfassung und Zweck der allgemeinen Verbindung solle geheim gehalten werden. Daraus weisen verschiedene Rathschläge des Parteiorgans in Bezug auf Briefwechsel und Vernichtung aller empfangenen Sendungen, die Empfehlung von Geheimbriefen, Zwischenadressen u. s. w. hin. Auch die Verlegung des „Sozialdemokrat“ ins Ausland sei geschehen, um die Verwaltung der Druckerei desselben, welche zur Herstellung von Schriften diene, die das Sozialistengesetz zu scheitern haben, der Ueberwachung der Behörden zu entziehen. Die Einschmuggelung verbotener und zu verbietender Schriften erfolge mit Wissen und Willen der Parteivertretung. Der Geschäftsverkehr zwischen dem „Sozialdemokrat“ und den örtlichen Verwaltungen werde durch Dedadressen und Stichworte verhüllt. Zeit und Ort der Kongresse wurden geheim gehalten und der geheimen Mittheilung durch die Parteileitung vorbehalten. Die örtliche Verwaltung Barmen-Elberfeld bediente sich der sogenannten geheimen Tinte und Hausaufschriften hätten ergeben, dass Verbindungsangelegenheiten rabirt oder ausgehört worden sind, daß man zur Erschwerung des Verständnisses Abkürzungen oder falsche Bezeichnungen oder eine Kryptographie wählte.

Ueber die örtlichen Verwaltungen im Landgerichtsbezirk Elberfeld verbreitet sich der zweite Abschnitt der Anklageschrift. Danach haben sich in Barmen und Elberfeld örtliche Verwaltungen mit verschiedenen Verfassungen gebildet, welche eine geheime ungesetzliche Vereinsfähigkeit entwickelten, die geheime und ungesetzliche Herstellung und Verbreitung verbotener oder zu verbietender Druckschriften, die geheime und ungesetzliche Sammlung von Beiträgen zu Verbindungszwecken betrafen und in geheimer und ungesetzlicher Weise für sonstige örtliche Verbindungszwecke fördernd thätig sind. Diese Feststellungen beruhen auf der durch mehrere Jahre fortgesetzten Beobachtung durch die Polizeibehörde; deren Ermittlungen sollen durchaus zuverlässig sein, weil sie durch andere Beweise, namentlich die Ergebnisse der Briefperre, die Resultate der Durchsuchungen am 3. April 1888 und die Aussagen von Zeugen bestätigt worden sind. An der Spitze der Elberfelder örtlichen Verwaltung steht ein Lokalkomitee von 10 Personen, das alljährlich neu gewählt werde. Denselben im 1887/88 angehört haben: Barthel, Emil Müller, Hüttenberger, Neumann, Gustav Fink, von Schemm, Kowalowski, Cordes und Köffer; als Vorsitzender fungirte Barthel, als korrespondirender Vertrauensmann (dem die Verwaltung mit anderen örtlichen Verwaltungen und mit der Parteileitung in Zürich oblag) Emil Müller. Letzterer war im Besitz der „gemeinen“ chemischen Tinte. Darm, als Reichstagsabgeordneter, soll großen, vielfach entscheidenden Einfluß und die Vermittlung zwischen Barmen und Elberfeld einerseits und der Parteileitung andererseits gehabt haben. Das Komitee soll nach Bedürfnis geheime Versammlungen abgehalten haben zur Erörterung örtlicher Verbindungsangelegenheiten, Wahlen, Rechnungsablegung. Die Verbreitung des „Sozialdemokrat“, die Einschirung und Abwendung der Abonnementgelder soll v. Schemm's Obliegenheit gewesen sein. Als Beweismittel für diese Angaben dienen Berichte der Polizei. Als Bestätigung der polizeilichen Ermittlungen sollen die Aussagen der Zeugen Kaltenbach und Ott dienen, ferner eine Karte mit dem Stempel „Örtliche Verwaltung Elberfeld“ und die Angaben einer großen Anzahl Zeugen, welche bekunden, daß einzelne der Angeklagten welche Versammlungen abgehalten bzw. besucht haben. Ferner sind bei von Schemm unter verdächtigen Umständen 338 M. gefunden worden; ein Theil der chemischen Tinte ist herbeigeschafft.

In der örtlichen Verwaltung Barmen sei die Bezirkseinteilung durchgeführt; es bestanden drei Distrikte, Ober-, Mittel- und Unterbarren; über jeden fand ein Distriktsvorsteher und hinter diesen mehrere Vertrauensmänner. Jeder Distrikt hielt Versammlungen, die Gesamtverwaltung alle Monate Korporationsversammlungen ab. An der Spitze der gesamten örtlichen Verwaltung stand Mohrhen. Diese Darstellung soll bestätigt werden durch eine „Schwarze Liste“, welche von Mohrhen's Hand die Aufzählung Barmen-Mi (Barmen-Mittel) trägt. Daraus, und weil die „Schwarze Liste“ nur für Orte, nicht für Personen bestimmt ist, soll erhellend, daß das Organ der Organisation in Mittelbarren gehört hat und daß Mohrhen an der Spitze dieser Organisation gestanden hat. Die Bezirkseinteilung sei 1886 auf kurze Zeit verlassen und ein von Hülle ausgearbeiteter Organisationsplan angenommen. Letzterer wurde wieder ersetzt durch einen von Salzberg und Fracht ausgearbeiteten, demzufolge Barmen in drei Klubs zertheilt mit je einem Führer und einem Kassirer. Die Klubs theilten sich in Sektionen von je 12-15 Mitgliedern. Die Sektion hielt wöchentlich, der Klub alle 14 Tage, die örtliche Verwaltung alle 4 Wochen Versammlungen ab. Ein Lokalkomitee (mit einem Bevollmächtigten oder Vertrauensmann und einem Kassirer an der Spitze) hatte die Leitung der örtlichen Verwaltung. Im Lokalkomitee sollten gewesen sein Hüllinghoff, Hülle, Salzberg, Dubenzer, Thielmann, Bierensfeld, Fracht, August Schmitz, Rüpper, von Ecken; Hüllinghoff soll Vertrauensmann, Hülle Schriftführer gewesen sein. Später sei Hüllinghoff abgesetzt und an seine Stelle Hülle gewählt worden, der wiederum durch Emil Rüpper ersetzt wurde, dem Thielmann als Hauptkassirer zur Seite stand. Aus den obengenannten Personen sollen auch die Delegirten in's Wahlkomitee, in die Prehkommission und dergleichen gewählt worden sein. Als Beweismittel für diese Aussagen sollen Polizeiberichte über geheime Versammlungen, die bei Darm gefundenen Abschriften von Briefen Mohrhen's an Bebel, durch Einsichtnahme der Postbücher ermittelt und beigelegte Postanweisungen nach Zürich, bei Thielmann gefundene Abrechnungen, Auskunft der Sparkassenverwaltung, eine Briefkastennote im „Soj.“ und endlich Zeugenaussagen dienen. Die örtlichen Verwaltungen Barmen und Elberfeld sollen in regem Verkehr mit einander stehen und die Organisation auf bestimmte Kreise zu übertragen gesucht haben.

Die örtlichen Verwaltungen Barmen und Elberfeld sollen eine rege geheime Vereinsfähigkeit entwickelt haben durch Abhaltung und Beschaffung geheimer Versammlungen, Einschaltung und Abhaltung von Parteitagungen, Beschaffung von Parteikonferenzen und Unterhaltung einer steten, in bestimmten Formen sich bewegenden Verbindung mit der Parteileitung.

Dafür sind als Beweismittel wiederum Polizeimittheilungen angeführt, die nicht nur Angaben über Zeit und Ort, sondern auch Tagesordnungen und Beschlüsse der geheimen Versammlungen enthalten. Ihre Bestätigung erhalten diese Mittheilungen durch Postkontrollen, Briefe, einen Anheftschein an der Genossenschaftsdruckerei Höttingen-Zürich, aufgefundenen Schriften, Broschüren u. dergl. m.

Ueber die Einberufung und Abhaltung von Parteitagen spricht sich die Anklage dahin aus, daß von den örtlichen Verwaltungen Barmen-Elberfeld seit 1884 eine Anzahl Parteitage berufen bzw. abgehalten worden, an welchen die örtlichen Verwaltungen Rheinlands und Westfalens durch Vertreter Theil genommen haben. Es sind dies die Parteiversammlung in Barmen bei Morian und der sogenannte Ausflug nach Langenhaus am 22. Juni 1884; der Parteitag zu Blantenstein am 28. Juni 1885; die Parteiversammlung in der Beel bei Aprath am 19. Juli 1885; der Parteitag zu Iserlohn am 9. August 1885; der Parteitag zu Neanderthal am 14. August 1887. Bezüglich der Parteiversammlung in Barmen bei Morian und des Ausflugs nach Langenhaus nimmt die Anklage nach den Polizeimittheilungen an, daß Biered zugegen gewesen und eine geheime Versammlung abgehalten worden sei. Am Nachmittag seien in Langenhaus etwa 1000-1200 Teilnehmer zusammengelassen und rothe Schleifen, Medaillen und Brochen mit Lassalle's Bildniß verkauft worden. Es seien Reden gehalten und in Gruppen politische Gespräche geführt, sowie sozialdemokratische Lieder gesungen worden. Als Redner seien Biered und Schuhmacher-Solingen erkannt worden. Es seien geheime Verhandlungen gepflogen und Aufzeichnungen gemacht von Loose, Hüttenberger, Müller, Mehlhorn und Hülle. Die meisten Angeklagten des hiesigen Landgerichtsbezirks hätten an der Versammlung, die von Loose und Neumann vorbereitet worden, Theil genommen. Durch Richterspruch sei zwar verneint worden, daß in Langenhaus eine der polizeilichen Genehmigung bedürftige öffentliche Versammlung unter freiem Himmel stattgefunden habe, dagegen seien die Teilnehmer an dem Hinmarsch wegen ohne polizeiliche Genehmigung erfolgten öffentlichen Aufzugs bestraft worden. Auch über den Parteitag zu Blantenstein erhielt die Polizei vorher Mittheilung; Teilnehmer waren u. A.: Dastig, Cordes, Hüllinghoff, Hülle, Tappe, Gule, Schmitz, Frau Braun, Happe und Martin. Hier seien rothe Abzeichen, Schlipse, Medaillen, sozialdemokratische Liederbücher verkauft worden. Zuerst habe Hülle die verschiedenen Führer zur Prüfung der Anwesenden aufgefordert, ob auch Spione dazwischen seien. Als Redner seien aufgetreten, Hülle, Dastig und Happe. Es sei die Organisation besprochen und beschlossen worden, öfter derartige Parteiversammlungen abzuhalten. Durch Zeugnis von Happe und Sommer stehe fest, daß der Parteitag von Abgeordneten vorher einberufen und in parlamentarischen Formen geleitet wurde. Von der Parteiversammlung in der Beel erhielt die Polizei ebenfalls vorher Kenntniß, ebenso von dem Verkauf von Karten a 30 Pf. zu derselben, welche den Stempel „Örtliche Verwaltung Elberfeld“ trugen. Nach der Versammlung erhielt die Polizei Mittheilung über deren Verlauf und die Namen der Redner (worunter Oesenleuer). Dergleichen erhielt die Polizei Kenntniß von der Parteiversammlung zu Iserlohn, die den Zweck gehabt hätte, die Barmen-Elberfelder Organisation auf die benachbarten Bezirke Westfalens zu übertragen. Es sei die Beitragszahlung von wöchentlich 10 Pf. beschlossen und festes Zusammenhalten, stamme Organisation und Halten sozialdemokratischer Schriften empfohlen worden. Es seien u. a. Hüllinghoff, Kopalke, Hellmann, Scheer, Tusch und Kleine anwesend gewesen. Auch von dem Parteitag zu Neanderthal wurde die Polizei in Kenntniß gesetzt und infolge ihres Einschreitens sei es zu einer geheimen Versammlung nicht gekommen. Teilnehmer waren Welles, Lehmann, Grimpe, Darm, Müller, Cordes, Rühmann, Jeup, Kowalowski, Kaiser, Koder und Metz.

Ueber die Beschaffung der allgemeinen Parteikonferenzen bemerkt die Anklageschrift, daß die örtliche Verwaltung Barmen-Elberfeld gewählte Vertreter zum Wobener, Kopenhagener und St. Galler Kongreß gesandt habe. Es seien dies Winterberg und Hülle für die ersten beiden, Bierensfeld und Müller für den letzten Kongreß gewesen, an welchem auch Darm für Rechnung beider örtlichen Verwaltungen Theil genommen.

Was die Unterhaltung einer fortdauernden Verbindung mit der allgemeinen Leitung betrifft, so findet die Anklage diese in dem Briefwechsel, der Entsendung von Mitgliedern der Parteivertretung an Ort und Stelle und in der Übergabe von Geld aus dem allgemeinen Verbindungsfonds zu örtlichen Verbindungszwecken. Der Briefwechsel soll bewiesen sein durch bei Durchsuchungen gefundene Briefe, resp. Abschriften von solchen; der zweite Punkt durch die Anwesenheit verschiedener Reichstagsabgeordneter u. in Barmen und Elberfeld; der dritte Punkt durch vorgefundene Briefe.

Auch mit der Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“ sollen die örtlichen Verwaltungen in Verbindung gestanden haben. Sendungen von und nach Zürich seien unter großen Vorkehrungsmaßregeln, wie Dedadressen und Stichworten, erfolgt. Letztere seien ermittelt und der Verkehr bewiesen durch die Postbücher, Notizen und die Empfangsbescheinigungen im „Sozialdemokrat“.

Die Herstellung, Einführung und Verbreitung verbotener, bzw. gegen das Gesetz verstoßender Druckschriften habe ebenfalls zu den Zwecken der Barmen-Elberfelder örtlichen Verwaltungen gehört. Am 11. Juni 1887 sei das Flugblatt „An die Wähler Deutschlands zur Pfingstzeit 1887“ verbreitet worden, obwohl Grillenberger das Verbot desselben mitgetheilt hatte. Das Blatt war von Grillenberger verlegt und bei Wörlein u. Komp in Nürnberg gedruckt. Im Landgerichtsbezirk sind der Verbreitung überführt Gustav Fink, Dahn, Neumann, Kendl, Birpenbrink, Schürmann, Haase und Wilden. Am 18. Juli 1887 ist in Lüdenscheid verbreitet worden das Flugblatt „An das arbeitende Volk von Lüdenscheid und Umgegend“, am 11. Januar 1888 zu Köln das Flugblatt „Ein Mahnwort“. Letzteres soll in der Druckerei der „Freien Presse“ hergestellt sein auf Bestellung Gassen's. Ferner ist ein im Verlage von Darm erschienenen und bei Grimpe gedrucktes Wahlflugblatt im April bzw. Mai 1888 in Omer und Altena zur Verbreitung gelangt. Das Flugblatt „Gedenkschrift an den 21. Februar 1887“ sei auf Beschluß geheimer Versammlungen erschienen und am 10. März 1888 verbreitet worden. Am 8. April 1888 sei in Elberfeld das Flugblatt „An das Volk“ verbreitet worden, ohne daß die Urheber ermittelt wurden.

Die Einführung und Verbreitung verbotener Druckschriften durch Zusammenwirken der Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“, der allgemeinen Verbindungsleitung und der örtlichen Verwaltungen ist nach der Anklageschrift Pflicht der Parteigenossen. Sache der örtlichen Verwaltungen sei die Herstellung, Verbreitung und Beschaffung der Schriften. Es wird

eine Reihe von Fällen angeführt, in welchen derartige Schriften nach Barmen-Elberfeld gesandt wurden.

Viele, auch verbotene Schriften würden vertrieben durch den Verlag von Wörlein u. Ko. in Nürnberg, dessen Geschäftsleitung dem Angeklagten Grillenberger unterstellt sei. Auch Biered's und Dieb's Verlag versorgten die örtlichen Verwaltungen mit sozialistischen Schriften. Von im Auslande erscheinenden verbotenen Blättern seien seit 1883 im Landgerichtsbezirk Elberfeld verbreitet worden: „Die Freiheit“ (dieselbe scheine jetzt durch den „Sozialdemokrat“ gänzlich verdrängt zu sein), „Londoner Freie Presse“, „Philadelphiaer Tageblatt“, „Gleichheit“, „Le cri du peuple“ und „New-Yorker-Volkszeitung“. Die Verbreitung dieser Blätter scheine jedoch nicht Verbindungs-, sondern Privatfache zu sein.

Zu den Zwecken der Verbindung soll auch das Sammeln von Geldern, freiwilligen Beiträgen, gehören. Die Polizei soll festgestellt haben, daß hier die meisten Sammlungen durch Ausgabe von Sammelbüchern und Sammellisten betrieben wurden und daß die Abrechnung durch die Vertrauensmänner in geheimer Versammlung erfolgte. Sammlisten seien ausgegeben worden für die französischen Kammerwahlen, für die „Freie Presse“, für die Zeichnungsgelder des zu wählenden Kongreßvertreter, für den Wahl- und Agitationsfonds, für die Familien der Gemahelgen, für die Opfer der Prozesse in Freiberg, München, Leipzig, für das Becker-Denkmal, für den Hasenclever-Fonds u. s. w. Ferner habe die Polizei Mittheilung erhalten, daß für den Geburtsstag Liebknecht's 1888 vom Hüttenberger 30 Mark gesammelt, ferner der Ueberschuß einer Fastnachtsfestlichkeit mit 50 Mark hergegeben worden sei. 1884 seien an den damals in Schmerin lebenden Auer 30 Mark gesandt und von Letzterem darüber quittirt worden. Offenbar, meint die Anklage, rühren diese Gelder aus Sammlungen zu allgemeinen Verbindungsfonds her. Ferner führt die Anklage auf die Sendung von 71 Mark an Bebel und den Eingang von 147 Mark für den Hasenclever-Fonds, über welche letztere in der „Freien Presse“ quittirt wurde. Es wird auch noch angeführt, daß Barthel für das Becker-Denkmal gesammelt und daß noch andere Sammlungen für Parteizwecke stattgefunden haben. Als Beweise für diese Angaben führt die Anklage Polizei-Mittheilungen, beschlagnahmte Schriftstücke und Abrechnungen, sowie Zeugen-aussagen auf, endlich auch im „Sozialdemokrat“ veröffentlichte Quittungen. Durch Verkauf von Loosen, Karten, Druckschriften, Kalendern u. s. w. sollen ebenfalls Gelder für Parteizwecke erzielt worden sein; speziell angeführt werden als solche Verkaufsartikel die Broschüre „Chemnitzer Nonkres-Prozess“, der „Neue Welt-Kalender“, „Das Glaubensbekenntnis eines guten Deutschen“, Dr. Schönlan's Schrift „Zur Lage der arbeitenden Klassen in Bayern“, kenographische Berichte über die Reichstagsverhandlungen und — rothe Schlipse für einen bedrängten Parteigenossen.

Zum Besten der Verbindungskasse sollen auch Festlichkeiten veranstaltet worden sein; die Polizeibehörde soll wiederholt in Erfahrung gebracht haben, daß die Wirth, bei denen Konzerte, Tanzkränzen, Verlosungen u. s. w. abgehalten wurden und die sie polizeilich anmelden, Eintrittskarten in großer Zahl haben herstellen lassen, die den Unternehmern zum Verkauf gegeben wurden. Derartige Abkommen seien mit mehreren Wirthen getroffen worden; der Ueberschuß sei in die Parteikasse geflossen. Durch Telleranmeldungen am Schluß öffentlicher Versammlungen sei ebenfalls eine Einnahme für die Verbindungskasse erzielt worden, so z. B. über 111 M. 80 Pf. Unkosten, während dieselben nur 19 M. 87 Pf. betragen, oder 55 M. statt 13 M.

Die örtlichen Verwaltungen Barmen und Elberfeld hätten zur Verschärfung der örtlichen Agitation eine große Menge von Festlichkeiten und Ausflügen veranstaltet, ferner die Wahlen zum Reichstag mit Erfolg vorbereitet und beeinflusst, auch eine Zeit lang der Fachvereinsbewegung eine ganz besondere fördernde Thätigkeit zugewendet. Endlich hätten sie die periodische Druckschrift „Freie Presse“ als „Organ für das werththätige Volk von Rheinland und Westfalen“ gegründet, bis heute trotz der größten Schwierigkeiten unterhalten und es sogar durchzusetzen gemußt, daß dieselbe aus allgemeinen Verbindungsmitteln unterstützt worden sei. Die „Freie Presse“ sei auch der Herstellungsort für alle Druckschriften, welche den Agitationszwecken innerhalb der örtlichen Verwaltungen Rheinlands und Westfalens zu dienen bestimmt sind. Sie unterhalte in fast jeder größeren Stadt beider Provinzen Expeditionen und bilde ein Hauptförderungsmitglied der Verbindungszwecke. Es werden Flugschriften aufgeführt, die dort hergestellt worden, und behauptet, daß neben der Herausgabe des Tagesblattes ein umfangreicher Betrieb sozialistischer Schriften stattfinde. In geheimer Versammlungen seien verschiedene mit der „Freien Presse“ zusammenhängende Angelegenheiten zur Erörterung gekommen.

Ueber die Verantwortlichkeit der Angeklagten vor dem Strafgesetz spricht sich die Anklageschrift folgendermaßen aus: Gegenstand der Anklage sei die bewußte, dauernde Zuwiderhandlung gegen die §§ 128, 129 des Str.-G.-B. Durch die vorhergehenden Ausführungen sei der Beweis zu erbringen gesucht, daß eine geheime Verbindung mit vereinsähnlicher Verfassung existire, zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehöre, die Vollziehung der Vereinsgesetze, des Pechgesetzes und des Sozialistengesetzes zu verhindern. Es wird auf den von der Staatsanwaltschaft zu Chemnitz 1884 zu fahrenden gefuchten Nachweis einer geheimen Verbindung, das Urtheil des Freiburger Landgerichts vom 4. August 1886 und die durch die Voruntersuchung erbrachten Beweismittel Bezug genommen. Erwiesen sei, daß eine geschlossene, Instanzen bildende Organisation, von der örtlichen Verwaltung ausgehend und im allgemeinen Parteitag endigend, vorhanden sei; daß die Parteivertretung Rechte ausübt, welche nur den Vorstehern eines in sich geschlossenen und nach bestimmten Satzungen wirkenden Personenvereins zukommen; daß die örtlichen Verwaltungen Barmen und Elberfeld lediglich deshalb ins Leben gerufen seien, um den Zwecken der allgemeinen Verbindung zu dienen und daß diese örtlichen Verwaltungen eine fortgesetzte Verbindung mit einander und mit der allgemeinen Verbindungsleitung unterhalten; daß die bevollmächtigten Vertrauensmänner der örtlichen Verwaltungen Barmen und Elberfelds in geheimen Versammlungen der „Vertrauensleute“ gewählt werden; daß der Redakteur des „Sozialdemokrat“ jedenfalls von der Parteivertretung angestellt wurde; daß die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und anderer verbotener Druckschriften und die Abrechnung darüber Sache der örtlichen Verwaltungen und ihrer Vertrauensmänner sei; daß die Parteifonds jedem Verbindungsmittler zur Verfügung stehen und daß sie nicht nur auf einzelne Personen, sondern auch für örtliche Verbindungszwecke verwendet werden. Jede thätige Mitwirkung an der Erhaltung, der Verbreitung und den Beschäftigungen der Verbindung stelle sich als Theilnahme dar, wenn auch die Art der Mitwirkung verschieden sei. Wenn aber die Theilnehmer zur Verurteilung

